Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kuttner, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. Juli 1930

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Halbe Arbeit.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung.

SPD. Der erste Akt der Erledigung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung ist am Montag zu Ende gegangen. Nach einer Einführungsrede des neuen Reichsfinanzministers Dietrich, kritischen Reden der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Kommunisten, sind die Vorlagen an den Steuerausschuss überwiesen worden, dessen Beratung bereits am Dienstag beginnt. Die Regierungsparteien haben sich nicht an der Debatte beteiligt. Mehr als an der Unterstützung der Regierung lag und liegt ihnen an der Vertuschung der inneren Meinungsverschiedenheiten, die nach wie vor über die Deckungsvorlagen in ihren Kreisen bestehen.

Wohin die Regierung Brüning steuert, das hat der Reichsfinanzminister Dietrich ziemlich deutlich am Schlusse seiner Rede dargelegt. Er wies mit besonderer Eindringlichkeit darauf hin, dass es sich nicht nur um die Verabschiedung der neuen Steuergesetze handelt. Mit diesen Vorlagen stehe und falle die Reform der Arbeitslosenversicherung, die Aenderung der Krankenversicherung und der Versorgung der Kriegsteilnehmer. Es entfalle aber auch, wenn die Deckungsvorlagen nicht angenommen werden, die Grundlage für das Ostprogramm. Und schliesslich seien die jetzt vorzunehmenden Steuererhöhungen auch die Voraussetzung für die für den Herbst angekündigten finanzpolitischen Reformen. Jedes dieser Argumente ist zugeschnitten auf die Deutschnationalen und auf die widerstrebenden Elemente innerhalb der Regierungsparteien. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden die Vorschläge der Regierung als kleineres Uebel und als die unvermeidliche Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Absichten hinzunehmen.

Reichsfinanzminister Dietrich als gewandter Debatter und gerissener Taktike hat allerdings auch Gedankengänge in seine Rede eingeflochten, die von einem Mitglied der Regierung Brüning angenehm enttäuschen mussten. So wies er in einer geschickten Polemik dem Hansabund nach, dass seine Vorschläge auf sofortige Einsparung von 800 Millionen blutiger Dilettantismus seien, dass dadurch 700 Millionen an sozialen Ausgaben nur auf andere Schultern verschoben werden und so allein eine echte Ersparnis von 100 Millionen bleibt. Allerdings hat sich Herr Dietrich die Begründung des Regierungsvorschlages, eine Ersparnis von nur 100 Millionen vorzunehmen - und zwar durch die Regierung unter Ausschaltung des Reichstags - ausserordentlich leicht gemacht. Kein Wort davon, dass eine solche Ermächtigung ein schwerer Eingriff in das Haushaltsrecht des Reichstags, eine Schwächung des Verantwortungsgefühls des Parlaments und eine Verfälschung seines Willens bedeutet. Kein Wort auch darüber, an welchen Stellen diese 100 Millionen eingespart werden sollen. Wahrscheinlich ist dies e Heimlichtuerei aber gar nicht einmal das Ergebnis wohlüberlegter Taktik, sondern der Unfähigkeit der Regierung, mit den hinter ihr stehenden Parteien und Jnteressentengruppen handelseinig zu werden.

Auch was Herr Dietrich als Verdienstbeanspruchte, ist nur Schwäche. Obwohl er zugeben muss, dass der Fehlbetrag im Reichshaushalt wesentlich grösser ist

als die Regierung ihn angibt, will er ihn nur teilweise decken. Das aber ist der entscheidende Fehler seiner Politik. Der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Dr. Hertz, wies deshalb darauf hin, dass eine Wirtschaftsgesundung nicht möglich ist, wenn nicht die Finanzgesundung vorausgegangen ist. Nur sie kann das Vertrauen des In- und Auslandes herstellen, das die wichtigste Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Insbesondere die Zufuhr ausländische Kapitals und die Verhinderung des Abflusses deutschen Kapitals hängt entscheidend davon ab, dass das Vertrauen zur wirklichen Finanzsanierung hergestellt wird.

Die Abhängigkeit der Bürgerblockregierung von denjenigen Elementen, die immer nur ihr persönliches Interesse sehen und nicht daran denken, im Interesse der Gesamtheit Opfer zu bringen, verhindert, dass ganze Arbeit geleistet wird. Zwar hat der Reichskanzler Brüning kürzlich gesagt, alles was in einem entscheidenden Augenblick versäumt wird, muss später mit erheblich grösseren Lasten nachgeholt werden. Aber diese Erkenntnis ist schon wieder vergessen. Aus Furcht vor einer Anspannung der Steuerlasten der leistungsfähigen Kreise, aus Abneigung gegen die sozialpolitischen Einrichtungen der öffentlichen Körperschaften wird wiederum nur halbe Arbeit getan, die von Hunderttausenden mit Fortdauer ihrer Arbeitslosigkeit und von der ganzen deutschen Wirtschaft mit Verschleppung der Krise bezahlt werden muss.

SPD. London, 7. Juli (Eig.Drahtb.)

Der "Daily Herald" meldet, dass die von der Beaverbrook-Presse sensationell aufgemachte und ausgeschlachtete Erklärung von 14 englischen Bankleuten zugunsten des Schutzzolles nicht den vollständigen Text des Manifestes enthalte. Wichtige Stellen, die die ganze Erklärung in ein anderes Licht setzen würden, seien der Oeffentlichkeit vorenthalten worden. Es könne ausserdem keine Rede davon sein, dass die Erklärung, wie sie auch sei, die Ansicht der Mehrheit der Londoner Finanzwelt ausdrücke. Bestrebungen, diese Mehrheit zu einer Gegenerklärung zu veranlassen, seien bereits im Gange. Geheimnisvoll sei ferner die Art, wie die Unterschriften zu jenem Manifest zustandegekommen seien. Drei Unterzeichner seien erstaunt gewesen, als sie ihre Namen unter dem Dokument gefunden hätten, andere hätten nachträglich abschwächende Erklärungen abgegeben und Snowden habe lachend zu einem Ausfrager gesagt, noch am 14. Mai hätten ihm die 300 wichtigsten Bankleute zugejubelt, als er erklärt habe, es sei Quacksalberei, die Krankheit der englischen Wirtschaft durch Schutzzölle kurieren zu können.

SPD. Bochum, 7. Juli (Eig.Drahtb.)

Der Schwager des wegen Bestechung aus der Zentrumspartei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Nientimp, der Zentrums-Stadtverordnete und Syndikus des Innungsausschusses Ostwald wird neuerdings ebenfalls grosser Schiebungen beschuldigt. Er soll im Jahre 1923 zur Zeit der Ruhrbesetzung mehrere 100 Millionen Mark Wohlfahrtskredite des Reiches für das Bochumer Handwerk zu seinem persönlichen Vorteil verwandt haben.

SPD. London, 7. Juli (Eig.Drahtb.)

Die englische kommunistische Partei, die nach dem Generalstreik im Jahre 1928 12 000eingeschriebene Anhänger mustern konnte, ist inzwischen auf 3500 Mitglieder zusammengeschrumpft. Sie führt nur noch ein Scheindasein.

SPD. Helsingfors, Anfang Juli (Eig.Ber.)

Die Regierung Svinhufvuds ist gebildet. Ob sie zur Konsolidierung der innenpolitischen Lage führen wird, weiss heute noch niemand. Wahrscheinlich aber werden schon die Ereignisse der nächsten Tage und Wochen über die Gestaltung der politischen Verhältnisse Finnlands einigermassen Aufschluss geben.

Von grösster Bedeutung für das Schicksal der neuen Regierung ist die Loyalitätserklärung "Suomen Lukkos", der in den letzten Wochen in Finnland politisch fast allmächtig gewordenen sogenannten Lappo-Bewegung. Diese Bewegung die sich hauptsächlich auf die westfinnische Bauernbevölkerung, namentlich der Österbottenprovinzen stützt - ihr Name ist an eine kleine Ortschaft, Lappo, in diesen Provinzen angelehnt - hat dieser Tage die Einberufung des finnischen Reichstags zu einer ausserordentlichen Sitzung erzwungen. Als Ziel hat "Suomen Lukko" die vollständige Ausrottung des Kommunismus aus Finnland auf ihr Banner geschrieben. Dass dies nicht nur eine platonische Forderung der Bewegung ist, zeigen u.a. zahlreiche Gewaltmassnahmen wie z.B. die Zerstörung kommunistischer Druckereien in Vasa und anderen finnischen Städten und der Abtransport kommunistischer Reichstagsabgeordneter über die russische Grenze. Soweit ist das Programm der Lappoleute klar. Das grosse Rätselraten beginnt mit der Frage, welches sind die weiteren Ziele der Bewegung? Es ist sicher, dass sich gegenwärtig mehr als ein finnischer Politiker über diese Frage den Kopf zerbricht, hängt doch von ihr viel, vielleicht alles, für die weitere Entwicklung der politischen Lage in Finnland ab. In diesem Rätsel liegt schliesslich auch der Grund dafür, dass die Zukunft Ereignisse bringen kann, die für Europa von grossem Interesse sein können. Zeigen die kommenden Wochen, dass es den Führern der Lappo-Bewegung Ernst ist mit ihrer Loyalitätszusicherung an die neue Regierung, so kann sich die Lage allmählich wieder konsolidieren. Haben aber die Gegner der Lappobewegung recht und verbinden die Lappoleute ihre anti-kommunistische Haltung tatsächlich mit nationalistischen und faschistischen Bestrebungen, so ist die Gefahr ernster Kämpfe durchaus gegeben.

Die finnische Sozialdemokratie führt gegen die Lappo-Bewegung einen mutigen Kampf. Die Folge ist, dass ein Teil ihrer Organe in letzter Zeit heftigen Angriffen der Lappo-Bewegung ausgesetzt war.

SPD. Dresden, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Die am Montag stattgefundenen interfraktionellen Besprechungen der sächsischen Rechtsparteien über die Regierungsbildung wurden nach einer knappen Stunde ohne positives Ergebnis abgebrochen. Die Beratungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Nationalsozialisten forderten im Verlauf der Erörterungen u.a. die Herabsetzung der Ministergehälter auf die Hälfte. Diese aus agitatorischen Gründen erhobene Forderung stiess bei den übrigen vertretenen bürgerlichen Parteien auf Widerstand.

SPD. Helsingfors, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Aufmarsch der Lappo-Bewegung in Helsingfors, der am Sonntag begann und am Montag zu Ende geführt wurde, ist völlig ruhig verlaufen. An dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 10 000 Personen, die hauptsächlich in Sonderzügen nach der finnischen Hauptstadt transportiert wurden.

Ausserordentliche Beunruhigung hat die Nachricht von Brandstiftungen in der Nähe von Helsingfors hervorgerufen. Man vermutet, dass Kommunisten die Täter sind. Beweise für diese Mutmassung sind jedoch nicht vorhanden.

An der Montagsitzung des Reichstags hat die Sozialdemokratische Fraktion zeitweise teilgenommen. Sie beabsichtigt jedoch, ihre weitere parlamentarische Mitarbeit von einer Erklärung der Regierung über die Gründe der Verhaftung mehrerer kommunistischer Reichstagsabgeordneten abhängig zu machen.

SPD. London, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Montag ist zum ersten Male eine nordenglische Ausgabe des "Daily Heral erschienen. In Manchester in eigenem Betriebe hergestellt, wird diese nordenglische Ausgabe eine ebenso grosse Konkurrenz für die bürgerliche Presse sein wie es die Londoner Ausgabe des englischen Arbeiterblattes ist.

MacDonald hat der ersten für die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung bedeutsamen Nordausgabe einen Artikel mit auf den Weg gegeben, in dem er die Arbeiterpartei und die Arbeiterklasse aufruft, einig zu sein, weil nicht der äussere Feind, sondern nur der innere Zwiespalt die Labour Party besiegen könne.

SPD. Schleswig, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Regierungspräsident von Schleswig-Holstein hat am Montag eine längere Mitteilung veröffentlicht, in der er sich mit den Versuchen des Landvolkes auseinandersetzt, ihre tote Bewegung durch neue Demonstrationen zu beleben. Der Regierungspräsident verteidigt insbesondere das Verbot jener beabsichtigt gewesenen Landvolk-Demonstration, die die feierliche Übergabe der schwarzen Fahne durch Bürger der Stadt Neumünster vorsah.

Die Veranstaltung der Demonstration sollte, wie der Regierungspräsident bemerkt, innerhalb der Richtung liegen, die den Staat, seine Verfassung, Gesetze und Einrichtungen verneint, die verbrecherischen Attentate duldet und verherrlicht. Es sei bezeichnend, dass die Landvolkbewegung sich aber stets auf die von ihr bekämpfte Verfassung berufe, wenn es ihren Zwecken diene. Die Regierung werde selbstverständlich Umzügen der landwirtschaftlichen Bewegung oder ihrer verantwortlichen Organisationen nichts in den Weg legen. Der Versuch der sogennanten Landvolkbewegung, sich als Vertreter des Bauernbundes von Schleswig-Holstein aufzuspielen, sei schon deshalb verfehlt, weil die Haltung des weitaus überwiegenden Teils der Bauernschaft und der landwirtschaftlichen Organisationen dem entgegenstehe. Wenn es dem "Landvolk" darauf ankomme zu seinen Anhängern zu sprechen, so könne es das in geschlossenen Räumen tun. Zu verbieten seien jedoch Demonstrationen, die eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darstellten.

SPD. Dresden, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und die Sozialdemokratische Landtagsfraktion fassten am Montag folgenden Beschluss :

"Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, auf der Grundlage ihres im März aufgestellten Programms die Regierung unter ihrer Führung zu übernehmen und mit den anderen Parteien zu verhandeln, die bereit sind, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion wird als Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten Lipinski vorschlagen."

SPD. New York, im Juli (Eig.Bericht)

Unermüdlich tobt in Amerika der Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit. Das Schlachtfeld, auf dem um elementare Menschenrechte gerungen wird, ist so weit wie die Nation, von Boston bis Los Angeles, von Maine bis zu den Karolinas. Gesetze stehen allzu oft nur auf dem Papier. Die Willkür des Mächtigen und des Systems wirkt sich dem Schwächeren gegenüber nur zu häufig hemmungslos aus. Jeder Tag bringt neue Tragödien grösseren und kleineren Ausmasses. Sie alle zeigen, wie wenig es die amerikanische Nation inmitten ihres gigantischen Wachstums verstanden hat, ihr Haus im Inneren sauber zu halten.

Dieser Tage ist der Jahresbericht der American Civil Liberties Union erschienen, die sich den Kampf gegen diese Übelstände und den Schutz des Unterdrückten auf ihr Banner geschrieben hat. Der Bericht enthüllt Dinge, die man bei allem Verständnis für die überstürzte Entwicklung im Lande des vielgepriesenen Fortschritts schlechterdings nicht für möglich gehalten hätte. Da wird unter den verschiedensten Flaggen gegen vermeintlichen Radikalismus, gegen die Arbeiterbewegung, gegen den Aufbau von Gewerkschaften, gegen die wirtschaftliche und politische Emanzipation des Schwächeren zu Felde gezogen. Wer weiss, dass in 32 Bundesstaaten der Union schwere Strafgesetze gegen syndikalistische Bestrebungen bestehen, die in zahlreichen Fällen gegen besseres Wissen auch als Kampfmittel gegen den gewerkschaftlichen Aufbau angewandt werden?! Von diesen 32 Staaten haben sich 26 ihre arbeiterfeindlichen Gesetze erst in dem berüchtigten Hetzjahre 1919 und später gegeben. In 28 Bundesstaaten steht das Hissen einer roten Fahne unter schwerer Strafe und wird dank einer glücklichen juristischen Kombination häufig auch als Landesverrat verfolgt. Nur zehn Bundesstaaten sind von dieser modernen Hetze frei, aber auch sie haben zum grossen Teile Gesetze, die aus dem vorigen Jahrhundert stammen und durch ihre kautschukartigen Bestimmungen jeder behördlichen Willkür im Notfalle Tür und Tor öffnen.

Da ist das Kapitel der Lynchungen, das abgrundtiefe Einblicke in alle Verruchtheiten ungezügelter menschlicher Natur gewährt. Da ist die Tragödie des amerikanischen Negers, aus dessen rechtlicher Stellung sich kein Mensch herausfinden kann. Wie viele Amerikaner können selbst im glorreichen Jahre des Fortschritts 1930 sagen, wo die Rechte des Negers und der ihm feierlich zugesagte Schutz als Mitglied der amerikanischen Nation anfangen?! Im Gegensatze zur Bundesverfassung verbieten zehn Bundesstaaten die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts durch Neger und die Ehe mit Weissen. Bei öffentlichen Veranstaltungen und in Schulen müssen die Farbigen von den Weissen getrennt gehalten werden. Fünf weitere Bundesstaaten bekennen sich zu den gleichen Verboten, haben es aber aus innerpolitischen Gründen vorgezogen, die Ausübung des Wahlrechts durch Farbige zuzulassen. Vielleicht die überraschendste und wohl nur wenigen Amerikanern bekannte Tatsache ist das Verbot von Mischehen zwischen Negern und Weissen, zu dem sich nicht weniger als 30 Bundesstaaten bekennen. Im Angesichte dieser Zustände kann das in der Bundesverfassung niedergelegte Bürgerrecht der farbigen Bevölkerung nur als leere Phrase bezeichnet werden.

Man glaube ja nicht, dass die letzten Jahre eine nennenswerte Besserung in diesem erbarmungslosen Kleinkriege um die geistigen und rechtlichen Güter der Nation gesehen haben. Eine tief reaktionäre Rechtsprechung hat die Gegensätze in zahlreichen Fällen noch verschärft und einen Geist aufkommen lassen, der alle Merkmale einer Justizkrise am Leibe trägt. Im Jahre 1928 wurden 418 Strafverfolgungen wegen öffentlicher Reden durchgeführt, obgleich die amerikanische Verfassung überhaupt keine Einschränkungen des Rechtes der freien Rede und der sachlichen Kritik kennt. Im angeblichen Prosperitätsjahre 1929 waren es nur 218 Strafverfahren, die aber im ersten Vierteljahre 1930, also in einer Periode bitterer Arbeitslosigkeit und schwerer Wirtschaftskrise, auf 920 anwuchsen. Das ist die Methode, mit der die amerikanische Rechtsmaschinerie auf die Unzufriedenheit und die Kritik der breiten Volksmassen antwortet. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Bundesverfassung?! Ach was, erbitterte Ar-

beitslose darf man nicht zu viel reden lassen. Zur Ehre der amerikanischen Nation sei aber gesagt, dass das aller Vernunft hohnsprechende Vorgehen der Behörden im steigenden Masse die Kritik der öffentlichen Meinung aller Richtungen gefunden hat. Bis aber auch nur die hervorstechenden Schönheitsfehler aus dem Gesichte Amerikas ausgemerzt sind, wird für die Vorkämpfer des amerikanischen Fortschritts noch viel zu tun sein.

SPD. Die Meldungen eines Pariser Blattes, dass die französische Regierung gegen die bevorstehende Rheinlandreise des Reichspräsidenten in Berlin diplomatische Vorstellungen hat erheben lassen, treffen nicht zu!

Wir würden auf die Sache nicht weiter eingegangen sein, wenn die Falschmeldung nicht von der deutschnationalen Presse als Sensation hingestellt und in grosser Aufmachung bewusst zum Zwecke der Stimmungsmache gegen Frankreich verbreitet worden wäre. Was der französischen Regierung in der betreffenden Falschmeldung unterstellt wird, d.h. Hindenburg's Reise in das besetzte Gebiet zu verhindern, ist in Wirklichkeit die Absicht der Deutschnationalen. Massgebende deutschnationale Persönlichkeiten haben in letzter Zeit wiederholt versucht auf den Reichspräsidenten dahin einzuwirken, dass er sich nur unter der Voraussetzung der Aufhebung des Stahlhelmverbots für Rheinland und Westfalen demnächst in das ehemals besetzte Gebiet begibt. Wieder einmal wurde damit von deutschnationaler Seite versucht, die Partei des Reichspräsidenten zur Erpressung eines Zugeständnisses von preussischer Seite zu missbrauchen.

Wir können uns nicht vorstellen, dass die preussische Staatsregierung zu dem neuesten unfairen Spiel der deutschnationalen Parteileitung die Hand bietet und wir können uns noch weniger denken, dass der Reichspräsident auf seine im Dienste einer gemeinsamen Sache gedachte Rheinlandreise verzichtet, nur um einer deutschnationalen Parteiangelegenheit irgendwelchen Vorschub zu leisten.

SPD. Paris, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen sind am Montag nach monatelangen erfolglosen Debatten "suspendiert" worden. Ob es sich bei der Unterbrechung der Verhandlungen um eine mehrmonatige Ferienpause oder um den endgültigen Stillstand handelt, muss die Zukunft zeigen. Für Oktober ist zwar die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Aussicht genommen, jedoch nur unter der Bedingung, dass die beiden Regierungen nach eingehender Prüfung der mageren Verhandlungsergebnisse die Erfolgsaussichten der künftigen Besprechungen für gross genug halten.

Von zuständiger deutscher Seite erklärt man, dass der ewige Stein des Anstosses die französische Forderung nach einer Drittel-Beteiligung an den Saargruben gewesen sei. Offiziell begründet man diese Forderung mit der Sorge um die Kohlenversorgung der lothringischen Industrie. Diese Sorge hätte jedoch auch durch langfristige Lieferungsverträge mit Preisbindung und Mengengarantie behoben werden können. Nicht minder hemmend für den Verhandlungsgang war die sonderbare französische Ansicht, dass die Saarbevölkerung sich bei der Volksabstimmung vielleicht für die Beibehaltung des gegenwärtigen Statuts entschliesst und daher das Saargebiet ein neues Luxemburg werden könnte.

Man kann nur hoffen, dass die französische Regierung in der Verhandlungspause Einkehr hält und sich mehr als bisher um eine gütliche Lösung bemüht.

SPD. Braunschweig, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

In Braunschweig hat sich eine Oppositionsgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gebildet. Die Strassergruppe plant, für die kommenden Landtagswahlen mit einer eigenen Liste vorzugehen. Sie ist inzwischen mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten:

"Braunschweiger Nationalsozialisten! Die Würfel sind gefallen, was wir alle nie glauben konnten und wollten, ist nun doch eingetreten: Die NSDAP verlässt die Fahne der deutschen Revolution. In der politischen Praxis hat die Partei die nationalsozialistischen Grundsätze verlassen. Mit den reaktionären bürgerlichen Parteien wird gemeinsam Koalitionspolitik getrieben oder als höchstes Ziel angestrebt. Die Stahlhelmparole "Einer in den Staat", früher schärfstens bekämpft, wird heute von der Parteileitung nachgeahmt. Der deutsche Nationalismus, der Weg zur deutschen Revolution wird zu einer Reformbewegung herabgedrückt. Auch in Braunschweig wird innerhalb der NSDAP bereits auf Ministerposten spekuliert. Der in Kürze beginnende Wahlrummel hat für die NSDAP nur den Zweck, koalitionsfähig zu werden. Gegen diesen Verrat der alten nationalsozialistischen Grundsätze rufen wir zum Protest auf. Wir halten fest an den 25 Thesen, auf die Hitler als Führer geschworen hat, als Grundlage zur Gestaltung des dritten Reiches. Revolutionäre Nationalsozialisten, kämpft mit uns unerbittlich und kompromisslos den Kampf gegen die Verfälschung der nationalsozialistischen Ideen, gegen Marxismus und Reaktion für Freiheit und Blut! - Revolutionäre Nationalsozialisten (NSDAP-Opposition),Gauleitung Braunschweig."

Führer der nationalsozialistischen Opposition in Braunschweig ist ein früherer Geschäftsführer der Hitlerpartei.

SPD. London, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Die in der britisch-ostafrikanischen Kolonie Kenya ansässigen weissen Farmer verwerfen die vor einigen Wochen von der Arbeiterregierung veröffentlichten Reformvorschläge zur inneren Umorganisierung Britisch-Ostafrikas. Die Arbeiterregierung verlangt in ihren Vorschlägen den weitgehendsten Schutz der Eingeborenen. Am Ende des von dem Kolonialminister Sidney Webbs beschrittenen Weges soll die Selbstverwaltung Britisch-Ostafrikas stehen. Die in Kenya ansässigen 12000 englischen Farmer wünschen dagegen die Herrschaft über 3 Millionen Eingeborene aufrechterhalten zu sehen. Die Arbeiterregierung weist das energisch zurück.

SPD. Stockholm, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Montag wurde der 5.ordentliche Internationale Gewerkschaftskongress im Stockholmer Konzerthaus eröffnet. 240 Delegierte aus Deutschland, Belgien, Kanada, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Lettland, Luxemburg, dem Niederland, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn nahmen an der Eröffnungssitzung teil. Durch Beobachter sind vertreten: Ägypten, Australien, Britisch-Indien, Finnland, Japan, Kuba, Neuseeland und Norwegen.

L. Jouhaux eröffnete im Namen des Vorstands des IGB anstelle des erkrankten Präsidenten Citrine den Kongress. Er gab in seiner Begrüssungsrede einen kurzen Überblick über die Arbeit des IGB seit der Wiederaufrichtung des Bundes im Jahre 1919 in Amsterdam, sowie eine Zusammenfassung der auf dem Stockholmer Kongress zur Verhandlung stehenden Probleme. Er bedauerte, dass Leipart, der Führer der deutschen freien Gewerkschaften, noch immer gesundheitlich nicht auf der Höhe sei und infolgedessen nicht nach Stockholm habe kommen können. Auch der seit der letzten Tagung des IGB verstorbenen Gewerkschaftsführer, vor allem des Vorsitzenden der schwedischen Landesorganisation, Thorberg, gedach-

te Jouhaux.

Die Bedeutung des IGB für die zwischenstaatliche Entwicklung im letzten Jahrzehnt wurde von Jouhaux eingehend geschildert. Die Gewerkschaften, so führte er aus - bekennen freimütig, dass nicht alle Ziele, die sie sich seinerzeit in Amsterdam und später in London gesteckt haben, erreicht worden sind. Der Kampf in dem verflossenen, noch unter dem Zeichen der Kriegsempfindungen stehenden, Jahrzehnt ist schwer und wechselvoll gewesen. Es muss jedoch als unverkennbarer Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung angesehen werden, dass sie nicht nur ihre Position gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen verstanden hat, sondern auch ihre eigene Zukunft sichern konnte. Auf die Liquidation des Krieges, die heute noch keineswegs durchgeführt ist, wie auf die Organisation des Friedens kann der IGB mit Genugtuung zurückblikken. Mitarbeit an der Regelung der Reparationsfrage, Förderung der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genf und damit verbunden Mitwirken an den Bemühungen um Rüstungsbeschränkungen sind einige der Arbeitspunkte, um die sich der IGB nicht ohne Erfolg bemüht hat. Entscheidend für die weitere Entwicklung ist jetzt die Frage der wirtschaftlichen internationalen Organisation, mit der sich Arbeiterschaft und Gewerkschaftsvertretung auseinandersetzen müssen. Die Arbeiterschaft muss eine Reihe der wichtigsten hierzu gehörigen Probleme in Angriff nehmen, wie allgemeine wirtschaftliche Richtlinien, ein sozialpolitisches Programm und eine Aktion zur Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens. Den nationalen Gewerkschaftsbewegungen dürften keine starren und dauernden Regeln aufgezwungen werden. Die internationale Aktion, zu der die Welt immer mehr drängt, müsse vielmehr die Verschiedenheite der Tradition, Methoden und jeweiligen Lage berücksichtigen und zu einer harmonisch gemeinsamen Arbeit bringen.

Im Anschluss an die Eröffnungsrede Jouhaux' begrüsste der Vorsitzende der Schwedischen Landesorganisation, Edvard Johanson, im Namen der schwedischen Arbeiterschaft die Delegierten und Güste des Kongresses. - Den Abschluss der Begrüssungsfeier bildete ein Festkonzert unter Mitwirkung des Stockholmer Arbeitergesangvereins. Der Spätnachmittag blieb für einen gemeinsamen Ausflug in die Umgebung Stockholms frei. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Dienstag-Vormittag.

SPD. Bombay, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Im Anschluss an die jüngsten Demonstrationen und Zusammenstösse im Poona-Distrikt hat nunmehr die anglo-indische Regierung sämtliche Versammlungen und Kundgebungen in dieser Provinz und in ihren Städten verboten. Jede Ansammlung von mehr als fünf Personen wird als Gesetzesübertretung betrachtet und dementsprechend behandelt. Trotz dieser Anordnung kam es am Montag zu einem Umzug in Poona, an dem sich 8000 Personen beteiligten. Polizeiliche Verstärkungen von ausserhalb zerstreuten die Massen. Viele Demonstranten wurden verhaftet.

SPD. Paris, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Eine kleine Revolution veranstalteten am Montag die Arbeiterinnen eines bekannten Pariser Modeateliers vor dem Hause ihres Arbeitgebers. Den Arbeiterinnen war am Sonnabend zum ersten Mal die Prämie für das neue Sozialversicherungsgesetz in Höhe von acht Franken abgezogen worden. Sie entsandten daraufhin sogleich noch am Sonnabend eine Abordnung zur Direktion des Hauses mit der Forderung, ihren Wochenlohn um den in Abzug gebrachten Betrag zu erhöhen, da sie nicht in der Lage seien, die acht Franken aus ihrer Tasche zu bezahlen. Die Direktion hatte versprochen, am Montag Bescheid zu geben. Da die Antwort nicht befriedigend ausfiel, demonstrierten die Arbeiterinnen laut

und drohend in der sonst ruhigen Strasse. Eine Abteilung Polizisten auf Motorrädern zerstreute die Demonstrantinnen schliesslich, nicht ohne ihnen zuvor klargemacht zu haben, dass ihr Arbeitgeber gezwungen sei, die Pflichten des neuen Sozialgesetzes zu erfüllen. Die Direktion ihrerseits versprach, sich mit den Arbeiterinnen bald zu verständigen.

SPD. London, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Aussenminister Henderson erklärte am Montag im Unterhaus, die Regierung beabsichtige nicht, irgend eine Anleihe für Russland in Verbindung mit der in Kürze zusammentretenden englisch-russischen Vorkriegsschulden-Konferenz zu gewähren.

SPD. Der französische Botschafter in Berlin sprach am Montag im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt vor und gab die Erklärung ab, dass nach Ansicht des französischen Aussenministeriums die Zwischenfälle und Verfolgungen angeblicher Separatisten im befreiten Gebiet den im Haag getroffenen Abmachungen widersprechen. Eine Note wurde nicht übergeben.

SPD. New York, den 7.Juli (Eig.Drahtb)

Die Wähler im Staate Oregon werden im Herbst über die Frage zu entscheiden haben, ob Zigaretten aus den Grenzen Oregons gebannt werden sollen. Den Zigarettengegnern von Oregon ist es gelungen, 16 000 Stimmen für eine Petition zusammenzubringen, die ein Volksreferendum über ein Verbot der Herstellung, des Verkaufes und des Besitzes von Zigaretten und Zigarettenmaterial im Staate fordert. Unter der Verfassung des Staates Oregon ist eine derartige Stimmenzahl zur Herbeiführung des Referendums mehr als ausreichend.

SPD. Helsingfors, 7.Juli (Eig.Drahtb.)

Das Charakteristikum des Marsches der Lappo-Bauern auf Helsingfors war die Teilnahme des Reichspräsidenten und der gesamten Regierung an der Kundgebung auf dem grossen Senatsplatz. Als der Reichspräsident erschien, reichte er den Führern der Lappobewegung demonstrativ die Hand. Mit dem Choral "Ein feste Burg ist unser Gott" wurde die Kundgebung eingeleitet. Dann bestieg der Führer der Lappobewegung Konsola die Tribüne zu einer kurzen Erklärung folgenden Wortlauts:

"Wir haben uns am 16.Mai 1918 auf diesem Platz versammelt und glaubten, dass unser Sieg über den Kommunismus endgültig sei. Aber wir haben die bittere Erfahrung machen müssen, dass die Landesverräter sich wieder breitmachen durften und von der Tribüne des Parlamentes ihre aufrührerischen Reden hielten. So mussten wir wieder nach Helsingfors kommen, um dem Feind von damals den Kampf anzusagen. Vielleicht sind bei uns Fehler gemacht worden. Aber unser Ziel ist gut, und Gott ist mit uns."

Der Reichspräsident, stürmisch begrüsst, lobte insbesondere die vaterländische Gesinnung der Lappoleute. Die Vergangenheit müsse nunmehr vergessen werden, um an die Zukunft denken zu können. Die Kundgebung, an der sich auch ein grosser Teil der Bevölkerung von Helsingfors beteiligte, war mit der Begrüssung des Reichspräsidenten beendet.

Die Vertreter der Lappobewegung überreichten der Regierung am Montag eine Entschliessung, in der dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung das Vertrauen ausgesprochen wird, dass der Kommunismus endlich restlos vernichtet werde.

KPD und Amnestie.

SPD. Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Es ist ein alter kriminalistischer Erfahrungssatz, dass auch der gerissenste Verbrecher einmal eine Dummheit begeht, die seine Überführung ermöglicht. Das Verhalten der Kommunisten bei der Erledigung des Amnestiegesetzes zeigt, dass dieses Wort über den Rahmen der Strafverfolgung hinaus Geltung hat. Die kommunistischen Führer nehmen für sich das Monopol auf Ehrlichkeit, Tapferkeit und Konsequenz in Anspruch. Ihre Stellungnahme zum letzten Amnestiegesetz entlarvt sie als gewissenlos, verlogen und feige.

In der zweiten Lesung des Gesetzes redete Herr Pieck im Reichstag grosse Töne. Er denunzierte die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Amnestie als Spezialamnestie für die Fememörder, er erklärte für seine Partei, dass sie es ablehne, nur eine Fememörderamnestie zu machen, ja er bezeichnete es als einen Beweis für die gänzliche sittliche Entartung der bürgerlichen Parteien, dass sie mildernde Umstände sogar für die Fememörder herausfänden. Dabei hatte damals die KPD den bürgerlichen Parteien die Zustimmung zu dem Gesetze gegen gewisse Zugeständnisse bereits versprochen und war damals bereits entschlossen, in dritter Lesung das Gesetz anzunehmen. An diesem einen Beispiel erkennt man deutlich den Unterschied zwischen kommunistischen Reden und Taten. Die KPD will nach ihren Worten, nicht nach ihren Handlungen beurteilt werden. Genau dieselben Kraftphrasen, mit denen Herr Pieck in der zweiten Lesung so verschwenderisch um sich geworfen hat, hört man von den Kommunisten bei jeder Gelegenheit, und so wenig wie im Falle des Amnestiegesetzes steckt jemals ehrliche Überzeugung dahinter.

Die Kommunisten wollen die Partei der Revolution sein und stellen uns Sozialdemokraten als Reformisten hin. Hat es jemals in der Welt Revolutionäre gegeben, die den Kampf auf den Barrikaden predigten, deren ganzes Sinnen aber auf periodisch wiederkehrende Amnestien gerichtet war, weil ihnen ihre Ideen das Opfer der persönlichen Freiheit nicht wert zu sein schienen? Und hat jemals in der Welt ein Revolutionär eine solche Gleichgültigkeit gegen politische Sauberkeit an den Tag gelegt, wie die Kommunisten im Falle des Amnestiegesetzes? Im Jahre 1928 umschmeichelten sie in würdelosester Weise uns Sozialdemokraten, um uns zum Eintreten für eine Amnestie zu veranlassen, die die Straflosigkeit auch für Mord und Totschlag zugestehen sollte. Damals waren wir, für die ihnen sonst kein Schmähwort zu gemein ist, auf einmal zu Genossen geworden, an deren proletarisches Empfinden sie appellierten. Diesmal haben sie uns mit Anbiederungsversuchen verschont, weil sie von damals her wussten, dass wir uns zur Begnadigung der Fememörder auch dann nicht ernidrigen würden, wenn mit ihnen zusammen einige wegen Tötungsverbrechen verurteilte Kommunisten die Strafanstalten würden verlassen können. Dafür haben sie jetzt aber mit dem Wirtschaftsparteiler Bredt und dem deutschnationalen Monarchenanwalt Everling unausgesetzt verhandelt, um sich die Begnadigung der Fememörder bezahlen zu lassen. Sie haben ihr Ziel erreicht. Am 21.Juni erklärte Pieck im Reichstag: "Wir haben das Tatsachenmaterial, dass diese Banden von Ihnen (nach rechts) bezahlt werden, damit sie die Arbeiter niederschlagen. Die Geldgeber dieser Mordbanden sitzen in Ihren Reihen. Darum unser Kampf gegen die Fememord- und Nazibanden! Darum gibt es keine Gemeinschaft, sondern nur Kampf zwischen Ihnen und uns auch in der Frage der Amnestie!" Diesen Kampf führten Herr Pieck und seine Freunde in der Art, dass sie sich mit denjenigen, denen sie ihn ansagten, an den Verhandlungstisch setzten, um mit ihnen in eine Gemeinschaft zu treten, die beiden Teilen Vorteile bringen sollte.

Obwohl der Handel mit Herrn Bredt bereits in der zweiten Lesung perfekt war, sodass dieser unter vier Augen das Amnestiegesetz als gesichert bezeichnen konnte, stellten die Kommunisten in dieser zweiten Lesung noch den natürlich aussichtslosen und von ihnen selbst nicht ernst genommenen Antrag auf eine allgemeine Amnestie unter Ausschliessung aller den Organisationen der Rechten angehörenden Verbrecher!

Kann man Subjekten, die sich nicht entblöden, eine solche Politik zu machen, auch nur ein Wort glauben? Welchen Anspruch auf Ehrlichkeit können Menschen erheben, die eine Koalition der Sozialdemokratie mit anderen Parteien als glatten Verrat brandmarken, während sie selbst im geheimen die schmutzigsten Abkommen mit den Parteien der extremsten Reaktion eingehen!

Und zu der Verlogenheit der kommunistischen Tiraden, zu der Grundsatzlosigkeit des Handelns der Kommunisten, zu der Erbärmlichkeit der Befreiung von Mordbuben der schlimmsten Art, die dank den Kommunisten das Mörderhandwerk jetzt wieder aufnehmen können, gesellt sich die Feigheit, die unter den Beweggründen der Kommunisten obenan steht. Sowie es ihnen bei der Beratung des Amnestiegesetzes von 1928 hauptsächlich um die Begnadigung der Mitglieder ihrer Zentrale Stöcker, Remmele und Konsorten zu tun war, so jetzt um den Schutz anderer ihrer Führer, die der Reichstag ihrer Immunität entkleidet hatte und die wegen ebenso geschwollener wie verlogener Gewaltphrasen ihrer Aburteilung entgegensahen.

Welches waren die Zugeständnisse, die Herr Bredt, der es als die Aufgabe des Reichsministers der Justiz zu betrachten scheint, Mörder vor der verdiente Bestrafung zu bewahren, den Kommunisten gemacht hat? Lässt man sie ins Auge, so erhält man neue Beweise für die Erbärmlichkeit und die grundsätzliche Verlogenheit der KPD. Herr Bredt hat ihnen versprochen, einige Gnadenerweise des Reichspräsidenten zugunsten verurteilter Kommunisten herbeizuführen. Gnadenakte des Mannes erbetteln sie also, den sie in Parlamentsreden und in der Presse, man denke nur an das Hundegedicht, auf das gemeinste anpöbeln, wenn nicht gerade ein Amnestiegesetz in Vorbereitung ist, dessen Annahme durch persönliche Angriffe auf ihn gefährdet werden könnte. Im Jahre 1926 benutzte der Kommunist Hörnle die Beratung des Etats des Reichspräsidenten zu den stärksten Beschimpfungen des alten Herrn, im Jahre 1927 liess die KPD denselben Etat debattelos über die Bühne gehen, weil sie fürchtete, sonst die Aussichten des bevorstehenden Amnestiegesetzes zu verschlechtern. So sehen die Helden aus, deren Herkunft aus den bedenklichsten politischen Lagern, man denke nur an die Tätigkeit des jetzigen Kommunisten Neubauer im Dienste der Vaterlandspartei, sie nicht davon abhält, Sozialdemokraten als sittlich minderwertig zu bezeichnen. Ihnen gilt weder die Reinlichkeit etwas, noch haben sie Liebe zu den Massen, die sie im Gegenteil in die unsinnigsten und gefährlichsten Situationen hineinhetzen. Nur die Führer haben einen Anspruch auf Rettung, dessen Verwirklichung nach kommunistischer Auffassung auch die schmutzigsten Manöver rechtfertigt.

Weiter köderte Herr Bredt die KPD durch das Versprechen, dass in Zukunft Anklagen wegen Unternehmens des Hochverrates nur noch beim Vorliegen der Voraussetzungen erhoben werden würden, mit denen der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches dieses Delikt umkleidet. Nach dem bestehenden Strafgesetzbuch genügt, wenigstens ist das die Rechtsprechung des Reichsgerichts, jede die Gewalt anpreisende törichte Redensart als Grundlage einer Hochverratsanklage, während nach dem in Vorbereitung befindlichen neuen Gesetz nur eine unmittelbar auf den Umsturz des Staates abzielende Handlung die Anklageerhebung gestattet. Die neue Bestimmung ist von der Sozialdemokratie im Strafrechtsausschuss vorgeschlagen und durchgesetzt worden gegen Deutschnationale und Kommunisten. Die letzteren hatten sie in dem bei ihnen beliebten Jargon als eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bezeichnet, wie sich jetzt herausstellt, wider besseres Wissen. Denn die Tatsache, dass das Zugeständnis Bredts sie zur Annahme des Amnestiegesetzes bestimmt hat, lässt erkennen, dass ihre Intelligenz immerhin dazu ausreicht, den Wert der Gesetzesänderung zu erkennen.

Wohin man blickt, überall stösst man auf eine abgrundtiefe Erbärmlichkeit der kommunistischen Führer. Und sie waren sich wohl bewusst, eine Infamie sondergleichen zu begehen. Ihre Absicht war, in der dritten Lesung überhaupt nicht das Wort zu ergreifen, sondern nach Schluss der Debatte zur Abstimmung zu erklären, dass sie ihre Stimme für das Gesetz abgeben würden. Dieses Manöver

sollte eine Erwiderung der Sozialdemokratie unmöglich machen. Erst als Präsident Löbe den Kommunisten sagte, wenn ihre Erklärung polemische Wendungen gegen andere Parteien enthielte, werde er den Angegriffenen das Wort, falls sie es verlangten, nicht verweigern können, entschlossen sich die Kommunisten, ihre Erklärung in der Debatte und nicht erst nach ihrer Beendigung vortragen zu lassen.

Wir bezweifeln nicht einen Augenblick, dass es unter den kommunistischen Arbeitern Ehrenmänner in grosser Zahl gibt. Wie stark sie sind, wird man daran erkennen, ob ein Führergesindel am Ruder bleiben kann, das für Fememörder eine nur durch Seelenverwandtschaft zu erklärende Sympathie hat, dessen Hauptkampfmittel der Schacher ist, dem es völlig gleichgültig ist, womit es ihn treibt, und das auch die Ehre, wenn es sich ein bescheidenes Quantum dieses Gutes gerettet hätte, feilhalten würde.

Das Verhalten der Kommunisten im Reichstag zur Amnestiefrage löste bei der Sozialdemokratie Stürme der ntrüstung aus. Angebrachter war vielleicht doch die Reaktion der bürgerlichen Parteien auf den kommunistischen Schurkenstreich. Mit nicht endenwollendem Lachen nahmen sie die Erklärung des Kommunisten Torgler auf, dass die KPD sich entschlossen habe, den Fememördern zur Befreiung zu verhelfen. Und in den Mienen der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien drückte sich deutlich die Verachtung aus, die auch diejenigen für den Verräter empfinden, die den Verrat selbst lieben.

SPD. London, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Montag-Ausgabe der "Daily Telegraph" berichtet der frühere Besitzer des Blattes, Viscound Burnham, wie das berühmte Kaiser-Interview vom Oktober 1908 zustandegekommen ist und den Weg in den "Daily Telegraph" gefunden hat.

Der Urheber der Veröffentlichung war der mit Wilhelm II. sehr befreundete englische Oberst und spätere General Wortlei. Wilhelm weilte im Dezember 1907 bei seinen englischen Verwandten. In dieser Zeit unterhielt er sich oft und lange mit dem Obersten, der sich nach jeder Unterhaltung sorgfältige Aufzeichnungen machte, die er dann dem "Daily Telegraph" anbot. Dieser ging darauf ein. Mit Wortlei wurden die Notizen schliesslich zu einem Artikel verarbeitet. Bevor er jedoch in den Spalten des Blattes erschien, erhielt Wilhelm II. eine Abschrift. Zwei Monate, so sagt Burnham, blieb die Abschrift in Berlin und als sie zurückkam, hatte der Kaiser eigenhändig einige Verbesserungen und Aenderungen gemacht und zum Schluss dem Wunsch Ausdruck gegeben, der Artikel werde hoffentlich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern bessern. Erst darauf sei das Interview erschienen. Als Graf Metternich das Interview seinerzeit gelesen habe, rief er, wie der "Daily Telegraph" feststellt, verzweifelt aus: "So, jetzt können wir den Laden zumachen!"

SPD. Bochum, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Lage in dem Abwehrkampf der Gruppe Nordwest ist kaum verändert. Es streiken immer noch 7 500 Mann, davon in Bochum 1 350, in Mühlheim 1 900, in Düsseldorf 1 870, in Gelsenkirchen 2 300 und in Essen 450. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die überall im Gange sind, haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 7. Juli (Eig. Bericht)

Die Montag-Sitzung mit dem Beginn der Finanzdebatte brachte keinerlei Sensation.

Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erläuterte in seiner gemütlichen alemannischen Art sein Deckungsprogramm. Sachlich neues brachte die Rede kaum, weil sich Dietrich schon in der Sitzung des Reichsrats ausführlich geäussert hat. Die Rede war immerhin bemerkenswert durch einige Streiflichter, die Dietrich in die Steuerpolitik warf. Er sagte u.a., dass die Not der Gemeinden zum Teil durch diese selbst hervorgerufen sei, weil sie schlecht und unverantwortlich gewirtschaftet hätten. Eine grosse Schuld an den schlechten Gemeindefinanzen hätte jedoch auch die Erwerbslosigkeit. Mit den jetzt in den Reichshaushalt eingesetzten Mitteln werde man nur dann durchkommen können, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung restlos durchgeführt werde. Als grosse finanzpolitische Ziele über das jetzige Deckungsprogramm hinaus bezeichnet der Reichsfinanzminister 1. Ordnung der Gemeindefinanzen, 2. Umbau und Senkung der Reichssteuern, 3. Andere Verteilung der Steuerquellen und des Steueraufkommens. Die Gemeindefinanzen könnten nicht nur von oben durch Reichsmassnahmen in Ordnung gebracht werden. Man müsse den Gemeinden durch eigene Steuern, z.B. Verwaltungskostenbeitrag und Gemeindegetränkesteuer helfen. Es erhebe sich da aber sofort die Frage, soll man nur eine oder beide Steuern erheben? Soll man die Gemeinde zur Erhebung dieser Steuern berechtigen oder verpflichten? Der Verwaltungskostenbeitrag müsse unbedingt den Gemeinden bleiben. Man berechne, dass er im Jahre 212 Millionen Mark für alle Gemeinden im Reich einbringen könne. Aus Erfahrung wisse er jedoch, dass gerade diese sogenannte Kopfsteuer in vielen Fällen nicht einzubringen sei. Von der Getränkesteuer und ebenso von einer erhöhten Schnapsbesteuerung verspricht sich der Finanzminister nicht viel, mehr jedoch von der Biersteuer, wobei er anklingen lässt, dass die Brauereien viel mehr als die Reichssteuern betragen, auf die Verbraucher gelegt hätten. Hinsichtlich der Besteuerung öffentlicher Betriebe wartete die Regierung die Ergebnisse der Erhebung ab. Bei dem geplanten Abbau des Finanzwesens denkt der Finanzminister vor allem an Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer einschliesslich der Lohnsteuer. Er fügte allerdings hinzu, niemand könne wissen, ob und wann diese Steuern gesenkt werden könnten. Schliesslich sprach der Minister für die endgültige Regelung des Steuerausgleiches zwischen Reich und Ländern. Wenn die Hauszinssteuereinnahmen nicht mehr für den Wohnungsbau gebraucht werden, müsse man sie zur Senkung der Realsteuern benutzen. Richtig ist die Ansicht des Ministers, dass in guten wirtschaftlichen Zeiten Arbeitspläne für Monate und Jahre künftiger Arbeitslosigkeit gemacht werden sollen. Man brauche eine Manöveriermasse an Arbeit, um jederzeit öffentliche Aufträge vergeben zu können. Dazu müsse man allerdings auch finanzielle Reserven haben. Als Dietrich schloss, fand er auf keiner Seite des Hauses Beifall. Auch die Regierungsparteien sind ohne jede Begeisterung für das Deckungsprogramm.

Eine sachliche und dennoch scharf zugespitzte Oppositionsrede hielt der Sozialdemokrat Dr. Hertz. Wenn auch Dr. Dietrich zweifellos höhere finanzpolitische Qualitäten hat, als sein Vorgänger Dr. Moldenhauer, so war doch auch diesmal der Eindruck unverkennbar, dass die tiefere Sachkenntnis und auch der grosse Arbeitsernst auf Seiten des finanzpolitischen Führers der Sozialdemokratie liegt. Dr. Hertz ging von der Tatsache aus, dass die Belebung der Wirtschaft nur durch Ordnung der öffentlichen Finanzen möglich ist. Unordnung der Finanzen bringe Unsicherheit in die Wirtschaft und erhöhe die Produktionskosten. Hertz bezweifelte, dass durch die Massnahmen der Regierung die Gesundung der Finanzen erreicht werde. Hoffentlich nimmt Dr. Dietrich diese Mahnung ernster als sein Vorgänger, der nicht so rasch gescheitert wäre, wenn er sich die Warnungen von Dr. Hertz zunutze gemacht hätte. Den Grundfehler sieht Dr. Hertz darin, dass die Regierung nur Vorschläge für die jetzt berechenbaren

Fehlbeträge macht, obwohl eine weitere Verschlechterung der Wirtschaft und damit eine weitere Verschlechterung der Finanzen wahrscheinlich sei. Man solle die Situation nicht leichter sehen als sie ist. Es seien wirklich durchgreifende Massnahmen erforderlich. Verzögere man diese, dann würden der Wirtschaft in Zukunft noch höhere Lasten auferlegt werden müssen. Dr. Hertz hält höhere Lasten als jetzt vorgeschlagen für unvermeidlich. Er verweist auf England, wo der Finanzminister jetzt eine Erhöhung der Einkommen-und Erbschaftssteuer um zehn v.H. vorgeschlagen hat, eine Massnahme, von der nur ein Viertel der Steuerpflichtigen, und zwar die höheren und höchsten Einkommen allein betroffen werden. Bei aller Anerkennung der Unterschiede zwischen England und Deutschland bleibe doch ein erhebliches plus zugunsten der englischen Steuerpolitik. Dr. Hertz hält Ersparnisse im Reichshaushalt für 200 Millionen Mark möglich, jedoch nicht auf dem Wege der Ermächtigung. Die Sozialdemokratie lehne eine solche Ermächtigung an die Reichsregierung ab, 1. weil sie das Etatrecht des Reichstags verletze, 2. weil sie das Verantwortungsgefühl des Parlaments abschwäche, 3. weil dadurch der Wille des Parlaments verfälscht werde. Unter grosser Aufmerksamkeit des Hauses griff Hertz dann insbesondere den Reichswehretat an. Er wies nach, dass innerhalb der kurzen Zeit von elf Jahren die die Reichswehr besteht, die Pensionslasten auf 72 Millionen Mark im Jahre hinaufgeschnellt sind. Wo solle das hinführen? Auch grosse bürgerliche Zeitungen, wie die "Kölnische Zeitung" und die "Kölnische Volkszeitung" verlangten Senkung des Reichswehretats. Hertz forderte Schluss mit der Subventionspolitik auch an lebensunfähige Länder. Den sozialdemokratischen Antrag auf Pensionskürzung machte der sozialdemokratische Redner zu einem Kernstück der sozialdemokratischen Finanzpolitik. Diese Kürzung sei notwendig aus Gründen der Gerechtigkeit und der politischen Psychologie. Die Sozialdemokratie werde auf Erledigung noch vor der Vertagung bestehen und ihre Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen gerade von der Senkung der hohen Pensionen abhänig machen. Zur Biersteuer meinte Hertz, dass die Verbraucher nicht mehr als jetzt zu zahlen gehabt hätten, wenn man gleich mit der Biersteuer höher hinaufgegangen wäre. Jetzt müsse man gegen eine weitere Biersteuererhöhung Bedenken tragen. Die Frage des Bierhandelsmonopols sei durchaus erwägenswert. Hertz forderte weniger Schonung bei dern Steuerrückständen und höhere Anspannung der Vermögenssteuer. Es wies die bürgerlichen Parteien, die nicht widersprechen konnten, nachdrücklich darauf hin, dass sie jetzt auf die sozialdemokratische Forderung eines allgemeinen Zuschlags für die Steuern aller Leistungsfähigen zurückgreifen müssten. Den Einwand der Kapitalflucht habe man fallen lassen. Man habe jedoch einen zu geringen Prozentsatz des Zuschlags genommen, weil man die hohen Einkommen schonen wolle. Würde man auf die wirklich leistungsfähigen Steuerpflichtigen zehn Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erheben, so könne man die Ledigensteuer vermeiden. Diese Steuer sei kompliziert, passe nicht in das deutsche Steuersystem, bringe unerhörte Härten und werde eine dauernde Verärgerung hervorrufen. Das Notopfer der Beamten sei unten zu hoch und oben zu leicht. Die Tantiemensteuer habe man fallen lassen, aber die Sonderbesteuerung für Behördenangestellten sei in den Vorlagen. Das charakterisiere die Reichsregierung. Hertz wandte sich scharf gegen die Lohnsenkung, die eine Verschärfung der Krise bedeute. Von Führung rede die Regierung, aber in Wirklichkeit sei keine Führung zu beobachten. Sie regiere nicht durch Führung, sondern durch die Gewährung von Trinkgeldern an Interessentengruppen. Der geplante Abbau der Sozialpolitik, die unsozialen Steuervorschläge, die Zollpolitik, die die Wirtschaftslage erschwere, der mangelnde Druck auf die Kartelle zur Preissenkung, die Ausnahmesteuer für Konsumvereine und Warenhäuser - alles das zwinge die Sozialdemokratie, dieser Regierung allein die Verantwortung für das zu lassen, das das Kabinett Brüning angerichtet habe.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschränkte sich auf eine formulierte Erklärung, die Hugenbergs parlamentarischer Agent, Herr Oberfohren, vorlas. Er brachte die alten Redensarten von Tributverpflichtungen und Beginn der Young-Krise vor, die schon deshalb so unwahrhaftig sind, weil unter einer Regierung von Deutschnationalen nicht weniger, sondern höhere Tribut-

lasten bewilligt worden wären. Gegen die Sondersteuer für Beamte haben die Deutschnationalen an sich nichts, aber sie wollen nicht, dass diese Sondersteuer in die allgemeine Finanzwirtschaft hineingeworfen werde. Die ganze brutale Volksfeindlichkeit der Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung wird durch die Vorschläge gekennzeichnet, durch die die Deutschnationalen den Fehlbetrag vermindern wollen. Kein Wort von einer Senkung der Ausgaben für den Heeresbedarf, aber die klare Forderung von Senkung der Sozialausgaben, von Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand, was Erhöhung der städtischen Betriebe bedeutet, und schliesslich vor allem die Kopfsteuer für die Gemeinden. Oberfohren erklärte unter Hohngelächter der Sozialdemokraten, dass die jetzige Reichsregierung eine sozialistisch-konfiskatorische Politik betreibe. Daraus lässt sich entnehmen, welch eine geradezu massenvernichtende Steuerpolitik gemacht werden würde, wenn erst Herr Hugenberg und Hitler ihr drittes Reich gegründet haben würden. Nach der Erklärung Oberfohrens müsste man eigentlich annehmen, dass die Deutschnationalen geschlossen und unbedingt gegen die Deckungspläne der Regierung stimmen werden. Aber man nimmt die deutschnationale Festigkeit im Reichstag nicht ernst. Die deutschnationale Fraktion gehört zu den Gruppen, die blendend gern Trinkgelder entgegennehmen, um danach ihre Haltung zu ändern. Wenn ein entsprechendes Geschäft zwischen Hugenberg und Brüning-Schiele gemacht werden kann, wird Herr Dr. Oberfohren als getreuer Fridolin seines Chefs Hugenberg, in acht oder zehn Tagen eine Erklärung im Reichstag verlesen, die genau das Gegenteil seiner Erklärung vom Montag enthält.

Weiterberatung Dienstag.

SPD. München, 7. Juli (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Forstrat Escherich versucht schon seit Jahresfrist, seine Einwohnerwehrpolitik mehr und mehr in Schwung zu bringen. Seine neue Organisation nennt sich "Bayerischer Heimatschutz" und bezweckt "die Bildung einer bodenständigen Macht gegen Bolschewismus und Kommunismus", von denen in Bayern seit langem so gut wie nichts zu spüren ist. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Hilfstruppe der gegenwärtigen Regierung Heldt, die ihren Pressechef Eisele zum Vorsitzenden des Presseausschusses der neuen Organisation bestellt hat. Das Programm enthält deshalb auch als Hauptpunkt den Kamof gegen den Unitarismus des Reiches mit der Begründung, dass der Unitarismus nichts anderes als eine Störkung und Förderung des Bolschewismus bedeute.

Auf dem Lande hat es der Heimatschutz schon zu grösserer Gefolgschaft gebracht, da nach landesüblicher Sitte innerhalb der sogenannten vaterländischen Bewegung einfach die Vorstände der zahlreich vorhandenen Schützen-, Krieger- und Kegelvereine durch ihre Personen korporativ der neuen Dachorganisation beigetreten sind. Schwieriger gestaltet sich die Werbearbeit in den Städten, in denen es unter Missbrauch der Prestige der bayerischen Regierungsstellen erst nach erheblichen Schwierigkeiten gelungen ist, einen Gau zu gründen, an dessen Spitze in der Hauptsache höhere Staatsbeamte und Universitätsprofessoren stehen. Neuerdings ist die Rede davon, dass Escherichs Heimatschutz auch einen Damm gegen die zunehmende Hitlerbewegung bilden müsse, wofür im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung und ihrer Staatspolitik eine neue Wehr aufgezogen werden soll. Gewisse Scharfmacher innerhalb dieser Bewegung haben offenbar daran gedacht, den in Oesterreich ausgewiesenen Putschisten Pabst als Organisator und Leiter dieser bayerischen Heimwehr zu gewinnen. Escherich beeilt sich aberm dieses Gerücht zu dementieren.

Man wird gut daran tun, die Umtriebe der berüchtigten Unruhestifter in Bayern unter ständiger Kontrolle zu halten.

Aus aller Welt

Das Ende des "Sherlock Holmes".

Der Mann mit der Shag-Pfeife und seine Millionenauflagen - Der Vater der Kriminalromantik - Conan Doyle und der U-Bootkrieg -Kleiner Zwischenfall am Pariser Hauptbahnhof.

SPD. Conan Doyle, der weltbekannte englische Kriminalschriftsteller, Erfinder des allgegenwärtigen Sherlock Holmes, ist Montag nachmittag im Alter von 71 Jahren in London verstorben.

Der grosse Conan Doyle ist tot! Hunderttausende, die nicht mehr an ihn gedacht haben, denen er aber immer noch eine etwas nebelhafte romantische Erinnerung war, werden sich plötzlich zurückbesinnen. Da ist jener Mann mit dem berühmt gewordenen hellen Blick, der immer dampfenden Shag-Pfeife und der detektivischen Spürnase, die auch den verwickeltesten Dingen unfehlbar auf die Spur kommt: Sherlock Holmes, sozusagen der astrale Teil des Conan Doyle. Als 12 und 13-Jährige haben wir alle über diesen giftgelben Schmökern gesessen, mit hochroten Wangen und fiebernden Pulsen und konnten es nicht abwarten, bis Sherlock Holmes dem grausigen Doppelmord, dem raffinierten Juwelendiebstahl oder der geheimnisvollen Entführung des millionenschweren Bankier X. auf die Spur gekommen war. Die kriminellen Abenteuer Sherlock Holmes fanden kein Ende, Conan Doyles Produktivität muss phantastisch genannt werden. Wohl einige hundert Sherlock Holmes-Kriminalgeschichten hat er auf dem Gewissen-, aber man muss es ihm lassen, er wusste sie immer spannend, reisserisch und lesegerecht zu gestalten. Sie waren das primitive, aber erhitzende Futter für Millionen von Menschen, die gern ihre Phantasie ins Unwirkliche abschweifen lassen, weil ihr Alltag selbst zu alltäglich ist.

+

Conan Doyle war wohl der populärste Mann, den es je gegeben hat. Kein noch so bekannter Schriftsteller kann sich der Riesenauflagen rühmen, die Conan Doyle mit seinen "Schmökern" erzielte. Es soll sich um Millionenauflagen handeln, Conan Doyle wurde durch seinen Sherlock Holmes ein wirklich reicher Mann. Man hat ihn verfilmt, man hat ihn in alle sogenannten Kultursprachen übersetzt, zivilisierte und weniger zivilisierte Völker sind der Segnungen dieser kriminal-literarischen Kaninchenfruchtbarkeit teilhaftig geworden. Am Kongo war der hagere Mann mit der Shag-Pfeife und den nach Hintertreppe riechenden Namen ebenso bekannt wie in Whitechapel, in Paris lasen ihn die Jungen mit aber solcher Begeisterung wie ihre Berliner Kameraden, wenn sie mit etwas schlechtem Gewissen im Papiergeschäft die neueste Sherlock Holmes-Fortsetzung für einen sauer erworbenen Groschen erstanden...

+

Aber Conan Doyle hat nicht nur den Sherlock Holmes erfunden, er war auch ein Prophet. Lange vor dem Kriege erschien eine phantastische Untersee-Geschichte von ihm, in der er in allen Details den U-Boot-Krieg des Weltkrieges schilderte. Dass es in den Jahren 1913-18 unter Wasser nicht ganz so wild-romantisch und kinohaft zuging, wie bei Conan Doyle, tut nichts zur Sache. In diesem Buch Conan Doyles streckt England vor einem heimtückischen U-Bootfeind verwüstet und gänzlich entmannt die Waffen, vor Tirpitz und seinem U-Bootkrieg hat es das nicht getan. Immerhin war es Conan Doyle, der in wirklich detektivischer Begabung diese Waffe des Weltkrieges

detektivischer Begabung diese Waffe des Weltkrieges vorausgeahnt hat.

+

Es gibt eine schöne Anekdote von Conan Doyle. Der Kriminalschriftsteller, immer sehr englisch und immer wie ein rasender Kriminalreporter gekleidet, kommt nach Paris und spricht am Bahnhof einen Taxichauffeur an, um sich ins Hotel fahren zu lassen. "Mit Vergnügen Monsieur Conan Doyle. Seien Sie willkommen in Paris". "Sie kennen mich?" erwidert der grosse Conan geschmeichelt. "Ja", meint der Taximann und lächelt leise, "an Ihrem Rock sieht man, dass Sie Engländer sind, Ihre Hose riecht nach Salzwasser, Ihre Augen haben den feurigen Blick von Sherlock Holmes und im übrigen steht ja Ihr Name" - eine elegante Handbewegung des Chauffeurs - "an Ihrem Koffer!" - -

Nun ist Conan Doyle tot und man kann keine Anekdoten mehr von ihm erzählen. Aber was wird aus Sherlock Holmes, seinem unzertrennlichen Assistenten? Wird er sich mit dem Meister ins Grab legen?

Terry.

+ + +

Geständnis im Meussdörffer-Prozess. In Bayreuth begann am Montag der Prozess gegen die beiden Arbeiter Schuberth und Popp, die angeklagt sind, die Gattin des Kommerzienrats Meussdörffer ermordet zu haben. Der Angeklagte Schuberth gibt eine Schilderung der Vorgänge in der Mordnacht. Dabei stellt sich heraus, dass die Angeklagten auch in den Jahren 1927 und 1928 schon Einbrüche in der Villa Meussdörffer verübt haben. In der Mordnacht selbst sind Schuberth und Popp am Blitzableiter der Villa zu dem im ersten Stock befindlichen Balkon hinaufgestiegen. Als Frau Meussdörffer nach einiger Zeit durch ihr Schlafzimmer in das daneben gelegene Badezimmer ging und die Schlafzimmertür offen liess, schlichen sich die Angeklagten durch das Schlafzimmer in das Zimmer des Kommerzienrats und warteten dort ab, bis Frau Meussdörffer zu Bett gegangen war. Nach einer Weile hörten sie, dass der Kommerzienrat nach Hause gekommen war, stürzten sich auf die schreiende Frau Meussdörffer und steckten ihr einen Knebel in den Mund. Auf die Frage der beiden Einbrecher deutete Frau Meussdörffer an, dass sich ihr Haushaltsgeld unten im Buffet befinde. Da sich inzwischen in dem Zimmer, in dem das Buffet stand, Herr Meussdörffer befand, verschwanden die beiden Einbrecher durch die Balkontür auf die Strasse. Im Zimmer der Frau Meussdörffer war unterdessen das elektrische Licht eingeschaltet worden. Meussdörffer musste also den Überfall auf seine Frau bereits entdeckt haben. Die beiden geflüchteten Einbrecher nahmen deshalb an, dass er sofort die Polizei alarmieren werde.

An dieser Stelle der Schilderung drückt der Vorsitzende sein Erstaunen darüber aus, dass Herr Meussdörffer nicht gleich die Polizei benachrichtigt hätte, obwohl dies doch selbstverständlich hätte erscheinen müssen. Der Angeklagte Schuberth fügt hinzu, es sei nicht ihre Absicht gewesen, Frau Meussdörffer zu töten oder zu quälen. Er und Popp hätten Frau Meussdörffer lediglich durch den Knebel zum Schweigen bringen wollen. Der Tod der Frau tue ihnen leid, und es sei eigentlich unerklärlich, wie durch den Knebel der Tod herbeigeführt worden sei.

+ + +

Jorns-Prozess vor dem Reichsgericht. Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Montag die Revisionsverhandlung in dem Beleidigungsprozess des Reichsanwalt Jorns gegen den Redakteur des "Tagebuch", Bornstein. Der Kläger nahm an der Verhandlung nicht teil; er wurde von Justizrat Dr. Löwenstein (Berlin) vertreten. Der Angeklagte war mit seinem Verteidiger, Professor Dr. Sinsheimer, (Frankfurt/Main) erschienen.

+ + +

Seltsame Erfindungen. Im Warschauer Patentamt hat ein Erfinder ein Hutmodell mit Temperaturregelung angemeldet. Die Erfindung beruht darauf, dass man an kalten Wintertagen im Hut eine Temperatur bis zu 24 Grad Wärme und

im Sommer eine Temperatur bis zu 2 Grad Kälte erzeugen kann. Diese Erfindung erinnert an eine andere, die vor einiger Zeit aus England gemeldet wurde, nach der neuerdings Polizistenhelme mit Radioempfänger eingeführt werden sollen. Ebenfalls im Warschauer Patentamt hat ein Bielitzer Schneidermeister ein neues Hosenschnittmuster für Herren mit O- und X-Beinen angemeldet, die es jedem Träger ermöglichen sollen, der Aussenwelt kerzengerade Beine zu zeigen.

\+ + +

Das Lübecker Säuglingssterben. Die Zahl der Opfer des Lübecker Säuglingssterbens ist inzwischen auf 53 gestiegen. 66 Säuglinge werden als krank gemeldet.

\+ + +

Versteigerung der Villa Sklarek. Die Villa von Leo Sklarek in Charlottenburg ist am Montag vormittag im Zwangsversteigerungsverfahren von der Berliner Städtischen Sparkasse käuflich erworben worden. Der Kaufpreis von 200 000 Mark entspricht der Höhe der Hypothek, die die Sparkasse auf der Villa hatte. Es ist beabsichtigt, die Villa weiter zum Verkauf zu stellen.

\+ + +

Schreckenstat eines Geisteskranken. Im Park der Grazer Irrenanstalt wurde hinter einem Gebüsch die Leiche der zehnjährigen Tochter des Anstaltsarztes Dr.Maresch gefunden. Nicht weit von der Leiche entfernt lag ein Paket mit gekochten Kartoffeln. Diese Kartoffeln waren kurz vorher im Besitz eines 59-jährigen Anstaltsinsassen, der bereits seit 30 Jahren wegen Schwachsinns interniert ist, gesehen worden. Als er vernommen wurde, gestand er die Untat: der Anblick des Mädchens habe ihn so in Wut gebracht, dass er es mit seinem Taschenmesser erstochen habe.

\+ + +

Venus im Gefängnis. Vor dem Amtsgericht Wilhelmshaven begann am Montag der Prozess wegen einer im August des vorigen Jahres bekannt gewordenen Gefängnisaffäre. Angeklagt sind ein Justizhauptwachtmeister, ein Justizoberwachtmeister, drei Wachtmeister und ein Kaufmann. Einer der Hauptbeteiligten, ein Justizinspektor, hatte sich im letzten Herbst erschossen. Die Angeklagten werden des versuchten und des vollendeten Sittlichkeitsverbrechens, begangen an den Gefängnisinsassinnen, ferner der Verleitung zum Meineid, der Untreue im Dienst usw. beschuldigt. Im Wilhelmshavener Amtsgerichtsgefängnis waren seinerzeit zwischen Gefängnisbeamten und weiblichen Gefangenen Liebesverhältnisse und unerlaubte Beziehungen angeknüpft worden, die in einem Falle zu einer Fehlgeburt in der Zelle führten. Eine Kindesleiche wurde im Garten des Gerichtes entdeckt. Die skandalösen Vorgänge kamen durch die Entlassung einer früheren Gefängnisinsassin ans Tageslicht, als sie von Beamten, mit denen sie intim verkehrt hatte, grössere Geldsummen verlangte. Mehrere Verhaftungen und umfangreiche Vernehmungen waren die Folge, da die Vorkommnisse zum Teil bis vor dem Weltkriege zurückliegen und auch die damaligen weiblichen Gefangenen zur Aufklärung des Tatbestandes verhört wurden. An diesen Verhören wurden über 80 Personen beteiligt. Der Prozess, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wird, dürfte nicht vor dem 15. Juli beendet werden.

\+ + +

Mord oder Unglücksfall? Am Montag vormittag wurde in Berlin aus der Spree die halbbekleidete Leiche eines Mannes gelandet, der an der rechten Hüfte eine schwere Stichverletzung hatte. Die sofort herbeigerufene Mordkommission stellte fest, dass der Tote, ein 30jähriger Kaufmann, am Freitag abend eine Ruderpartie auf der Spree unternommen hatte und von dieser Fahrt nicht zurückgekehrt war. Das Boot mit dem Jackett des jungen Kaufmannes war in der gleichen Nacht aufgefischt worden. Die bisher angestellten Ermittlungen machen einen Selbstmord oder einen Unglücksfall unwahrscheinlich.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Kampf um die Krankenversicherung.

Beginn der Reichstagsberatungen.

SPD. Am Dienstag geht der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags an die Beratung der Vorlage zur Reform der Krankenversicherung. Es handelt sich um eine Doppelvorlage, da der Reichsrat in einer Reihe von Punkten von der Regierungsvorlage abwich. Der bisher hinter den Kulissen sehr geräuschlos, deswegen aber nicht weniger zäh und hartnäckig geführte Kampf um die Gestaltung der Vorlage wird nunmehr vor der breiten Öffentlichkeit weiter geführt. Von den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses hängt im wesentlichen das Schicksal der kranken Arbeitnehmer ab. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher vor dem entscheidenden Kampf im Reichstag sich zum Wort gemeldet. In einer am Montag angenommenen Entschliessung wendet er sich mit schärfstem Protest gegen den Plan, durch einen Abbau der Leistungen jährlich 300 bis 400 Millionen Mark einsparen zu wollen. Wird der Protest der Freien Gewerkschaften im Reichstag auch über die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hinaus Gehör finden?

Das Kernstück der Reformpläne des Reichsarbeitsministers ist die Arztfrage Wird der Minister sich gegenüber den in allen bürgerlichen Parteien geltend gemachten Einflüssen der Ärzte durchsetzen? Wie verlautet, haben die Ärzte in den letzten Tagen sehr eifrig für die Berücksichtigung ihrer Interessen an massgebenden Stellen vorgearbeitet. Der Reichsarbeitsminister hinwiederum hat wiederholt durchblicken lassen, dass er mit der Reform der Arztfrage sozusagen stehe und falle. Auf den Verlauf der Auseinandersetzungen darf man also gespannt sein.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, dass gerade der sogenannte Missbrauch der Krankenkassen nicht durch die Einführung von Krankenscheingebühren und Beteiligung an den Arzneikosten sondern in erster Linie nur durch die Ärzte selbs auszurotten ist. Der Arzt hat es in der Hand, nicht mehr Medikamente zu verschreiben, als notwendig sind. Der Arzt kann, wenn er will, am ehesten einen wirklichen Simulanten feststellen. Krankenscheingebühren treffen nicht nur Simulanten, sondern noch viel mehr Unschuldige, Arbeitslose, Arbeitsunfähige, Unfallverletzte u.s.w., sie können bei einer Grippeepidemie, wo leicht in einer Familie drei und vier Kranke vorhanden sind, zur Unerträglichkeit werden. Der Reichsarbeitsminister will sparen. Er kann das bei der Krankenversicherung ohne Quälerei für die Versicherten nur, wenn er in der Arztfrage ein Stück vorwärts kommt. Ausbau des Vertrauensarztsystems ist das mindeste, was verlangt werden muss. Die Ärzte sollten sich auch hüten, sich allzu sehr gegen längst fällige Reformen zu stemmen. So liegen die Dinge nicht, wie viele ihrer Leute meinen, nämlich: dass die Kassen zur Versorgung des ärztlichen Nachwuchses da sind. Die Ärzte sollten durch die Erhebungen der letzten Jahre gewitzigt sein. Früher konnten sie nicht genug auf die Kassen schimpfen, heute müssen sie eingestehen, dass ihre Existenz zu einem sehr grossen Teil von den Kassen abhängt. Eine Reform der Krankenversicherung, die die Leistungen senken, und im Verhältnis zwischen Arzt und Kasse nichts ändern würde, wäre eine Verhöhnung und Herausforderung der Versicherten. Die Ärzte stehen sich bei den Kassen wirklich nicht schlecht. Man kann daher unmöglich zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der Versicherten reformieren. Wichtiger ist der nicht magere

Geldbeutel der Ärzte ist die Volksgesundheit.

Leistungssenkung - direkter wie indirekter - bringt keine Lösung des Problems. Das hat allem Anschein nach auch der Reichsrat empfunden, der bereit die Krankenscheingebühr auf 50 Pfennig gesenkt hat. Mei kleinen Gebühren aber erreicht man wieder finanziell nichts, und will man Ausnahmen zulassen, dann schafft man neue Verwaltungsspesen. Also los von aller Reformerei auf dem Weg von Krankenscheingebühr, Arzneikostenanteil, Herabsetzung des Höchstgrundlohnes auf 9 Mark des Krankengeldes auf 50 % des Grundlohns und wie diese schönen Rezepte alle heissen. Vor allem aber auch los von der verschleierten Leistungssenkung auf dem Weg der Herabsetzung der Beitragshöchstprozentsätze von 7½ auf 6 %. Die Gefährlichkeit dieses "Reformvorschlags" ist bisher nicht genügend erkannt worden. Will man nicht in den Krankenkassen auf der ganzen Linie Zank und Streit entfesseln, dann muss man es in der Frage des Beitragshöchstprozentsatzes bei den bisherigen Bestimmungen belassen. Bisher lautete der § 188: Über 7½ v.H. des Grundlohnes dürfen die Beiträge nur zur Deckung der Regelleistungen oder auf übereinstimmenden Beschluss der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuss erhöht werden. Jetzt will der Entwurf die Grenze auf 6 % zurückverlegen. Das bedeutet praktisch nichts anderes als Revisionsmöglichkeit in der Richtung der Leistungssenkung durch die Arbeitgeber. Bisher gab es eine qualifizierte Mehrheit erst bei 7½ %. Nun sollen es die Arbeitgeber in der Hand haben, ein Zurückgehen auf 6 % gewaltsam zu erzwingen. Der Regierungsentwurf sieht nämlich in Art.2 folgendes vor: "Die Sparmassnahmen des Entwurfs machen im allgemeinen eine Ermässigung im Beitragssatz möglich. Der Entwurf verpflichtet daher alle Kassen, binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die Beiträge nach den Vorschriften dieses Gesetzes neu festzusetzen; dabei sind Änderungen, insbesondere die Sparmassnahmen dieses Gesetzes, zu berücksichtigen. Es entspricht nicht der Absicht des Entwurfes, wenn Kassen neue freiwillige Leistungen beschliessen, um den bisherigen Beitragssatz rechtfertigen zu können. Die Oberversicherungsämter werden entsprechende Weisung erhalten." Das ist nichts anderes als eine Aufforderung an die Arbeitgeber, einen Leistungsabbau bis herunter zu einem Beitragshöchstsatz von 6 % zu erzwingen. Dagegen kann nicht scharf genug Front gemacht werden.

Wer die Reformberatung nicht unnötig mit Konfliktstoff belasten will, der muss auf jede offensichtlich unsoziale direkte wie verschleierte Leistungssenkung verzichten. Man kann bei der Krankenversicherung sparen. Man soll aber gerecht sparen. Wer die scheinbar entbehrlichen Leistungen der Kassen, die sich im weitesten Sinn des Wortes prophylaktisch auswirken, beseitigt, der mästet erst recht Ärzte und Apotheken und schädigt durch Vermehrung des Arbeitsausfalls die Wirtschaft. Für die Operation der Krankenversicherung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags empfehlen wir Vorsicht. Es besteht die Gefahr, dass an dem Patienten zuviel herumgeschnippelt wird.

\+ + +

Die vom Vorstand des ADGB zur Reform der Krankenversicherung gefasste Entschliessung hat folgenden Wortlaut :

"Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den entschiedenen Widerspruch aller beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise hervorrufen muss. Gegen die klar geäusserte Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa dem sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 3 - 400 Millionen Reichsmark zu ersparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Ärzten und Medikamenten ergeben würden. In der durch Einschaltung der Arbeitgeber und der Versicherungsbehörden erschwerten Beitragsfestsetzung erblickt der Bundesvorstand den planmässigen Versuch, die Rechte des Versicherten in den

Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern. Die Vorschläge zur Neuregelung des kassenärztlichen Systems und zur Bekämpfung der Zerspliterrung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Ziel einer von sozialpolitischen Grundsätzen ausgehenden Reform der Krankenversicherung muss eine Ausdehnung des Versichertenkreises, eine Lösung der Arztfrage durch Gewährung stärkerer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Beseitigung aller Sonnderkassen und Zwergkassen sein.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewillt sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft zu dienen, dass sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegentreten. - Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes."

SPD. Die Reichsbahngesellschaft bemüht sich, den arbeiter- und beamtenfeindlichen Kurs des Kabinetts Brüning noch durch rigorose Massnahmen gegen ihr Personal zu übertrumpfen. Kaum hat sie durch ungerechtfertigte Entlassungen die Arbeitslosigkeit verstärkt, da unternimmt sie einen höchst bedenklichen Vorstoss gegen das Beamtenverhältnis, dessen Spitze in erster Linie gegen die Reichsbahnarbeitergerichtet ist. Sie will den Nachwuchs für Beamtenlaufbahnen unter den Arbeitern regelrecht übers Ohr bauen. d.h. sie will diese Arbeitskräfte mit wenigen Ausnahmen als Arbeiter bis an ihr Lebensende auf Beamtenposten verwenden. Das ist das Ergebnis der wochenlangen hartnäckigen Verhandlungen zwischen der Reichsbahnhauptverwaltung und den Organisationen, die in einer Besprechung mit dem Generaldirektor Dorpmüller dieser Tage ihren vorläufiggen Abschluss fanden.

Trotz aller Einwendungen der Organisationsvertreter war der Generaldirektor lediglich bereit, die Sperrgrenze für die Anstellung auf 40 Jahre heraufzusetzen, was eine kleine Abschwächung der ursprünglichen Pläne der Reichsbahn bedeutet. Der Einheitsverband der Eisenbahner liess durch seinen Vertreter erklären, dass die Massnahmen der Verwaltung auch in der abgeschwächten Form für ihn unannahmbar seien. Die Heraufsetzung der Altersgrenze werde so lange keine nennenswerte praktische Bedeutung haben, als die Reichsbahn fortfahre, die freiwerdenden Eingangsstellen grösstenteils einzusparen. Bei der Reichsbahn bestehe zurzeit das System, von drei freiwerdenden Beamtenstellen zwei wegfallen zu lassen und nur die dritte wieder zu besetzen. Infolgedessen könnten die Beamtenanwärter unter den Arbeitern in nennenswerter Zahl nicht ins Beamtenverhältnis kommen. Sie würden gezwungen, den Beamtendienst zu leisten, ohne die ihnen nach ihrer Verwendung zustehende Besoldung und Pensionsberechtigung als Beamte jemals zu erreichen. Der Generaldirektor ging nicht einmal auf den Vorschlag ein, wenigstens das für die Stellenbesetzung im Reich geltende System anzuwenden, wo von drei freiwerdenden Stellen zwei wieder besetzt werden und nur die dritte verschwindet.

Die Eisenbahner sehen in dem Vorgehen der Reichsbahnhauptverwaltung einen weiteren Schritt auf dem seit 1925 beschrittenen Weg, das Beamtenverhältnis in den unteren und mittleren Gruppen zu beseitigen und den Beamtendienst durch den Arbeiter bei schlechterer Bezahlung und unter schlechteren sozialen Bedingungen ausführen zu lassen.

Wirtschaft Technik Handel

Der Unfug der Beratungsstelle.

Wie denkt man sich die Regelung der privaten Anleihen?

SPD. Die neuen Richtlinien für die Beratungsstelle, die jetzt im Wortlaut vorliegen, wollen den für die Anleihepolitik der Gemeinden bestehenden Kontrollapparat nicht beseitigen, sondern ihn verschärfen und verewigen. Nach den Richtlinien sollen die neuen Vereinbarungen, die zwischen Reich und Ländern vorgeschlagen werden, bis zum 1. April 1934 gelten; ihr Ziel ist es, aus der bisherigen weitmaschigen und in mancher Beziehung Umgehungen ermöglichenden Regelung eine feste Kandarre für die Gemeinden und für die öffentliche Wirtschaft zu machen. Dadurch, dass neben den Auslandsanleihen auch die Inlandsanleihen, neben den langfristigen Anleihen auch die kurzfristigen neben den Gemeinden selbst auch die Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf die Gemeinden massgebenden Einfluss haben, einbezogen werden sollen, glaubt man, zu einer Planwirtschaft für den gesamten öffentlichen Anleihebereich gelangen zu können. Für manche grundsätzliche Freunde der Überwindung eines unzulänglichen freien Marktverkehrs durch planmässige Wirtschaftsregelung – und wir gehören zu diesen Freunden – hat dieser Aufbau etwas Bestechendes. Aber es scheint uns notwendig zu sein, nachdrücklich davor zu warnen, dass man die planwirtschaftliche Form auf diesem Gebiet, die doch nur elendes Stückwerk bleibt, mit dem sozialreaktionären Inhalt verwechselt, deralle bürokratischen Kräfte im Verein mit den Interessen der Privatwirtschaft einzuspannen sucht gegen die freie Entfaltung der Gemeinden und im besonderen der öffentlichen Wirtschaft.

Zum Beweis unserer Auffassung seien einige Bestimmungen aus dem Entwurf der Richtlinien hervorgehoben, die zeigen, wie weit man in der Beseitigung der Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Gebiet der Finanzierung, das nun einmal für ihr praktisches Leben das Bedeutsamste ist, zu gehen beabsichtigt. Da heisst es zunächst an der Spitze der Richtlinien: "Gemeinden dürfen Geldmittel im Wege des Kredits nur bei ausserordentlichem Bedarf und im allgemeinen nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschaffen." "Werbende Zwecke", das sind wohl nach dem Sprachgebrauch Zwecke, bei denen eine unmittelbare Rentabilität gesichert ist. Die Anleiheaufnahme – und zwar gilt das gleichermassen für den Inlands- wie für den Auslandsmarkt – würde danach also ausgeschlossen werden etwa für den Ausbau von Verkehrsanlagen, für Anstalten der Gesundheitsfürsorge, für Schulen u.dergl. Das alles sind Zwecke, bei denen nach einer gesunden Finanzpolitik nichts gegen die Anleiheaufnahme spricht, aber werbende Zwecke sind es nicht.

In Bezug auf den kurzfristigen Kredit heisst es: "Gemeinden dürfen – abgesehen von vorübergehenden binnen längstens 6 Monaten aus laufenden Einnahmen abzudeckenden Kassenkrediten – Geldmittel im Wege des Kredits, wenn die Laufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, nur dann aufnehmen, wenn die Rückzahlung bei Fälligkeit von vornherein gesichert ist."

Wir sind die letzten, die einer leichtfertigen Aufnahme kurzfristiger Kredite durch Gemeinden Vorschub leisten wollen. Aber diese Formulierungen zeigen doch ein Mass von Misstrauen, das jede freie Bewegung der Kommunalverwaltungen ersticken müsste und das die deutschen Städte gerade auf Grund ihrer

energischen gemeinsamen Sanierungsbestrebungen durch ihre Kreditausschüsse in den letzten acht Monaten nicht verdient haben.

"Die Landesregierungen werden ihren Einfluss dahin geltend machen, dass Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit auf deren Geschäftsführung Gemeinden massgebenden Einfluss haben, Anleihen nur aufnehmen, wenn die Landesregierung sie für bedenkenfrei erklärt hat." Zu diesem Zwecke sollen entsprechende Satzungsbestimmungen bei den betreffenden Gesellschaften eingeführt werden. Man muss sich bei der Würdigung dieser Bestimmungen immer bewusst sein, dass hinter den Landesregierungen auch noch die Beratungsstelle steht, der gegenüber die Landesregierungen sich verpflichten, keine Genehmigung zu erteilen, wenn die Bedingungen oder der Zeitpunkt der Anleiheaufnahme der Beratungsstelle für ungeeignet erscheinen.

Bei den Auslandsanleihen bleiben an sich die Richtlinien vom 21.Oktober 1927 in Geltung, aber auch hier werden die Versorgungsbetriebe der Kontrolle mit unterworfen und demgegenüber bedeutet es wenig, dass die Beratungsstelle in Zukunft von der Prüfung des Anleihezwecks absehen wird, wenn die das Gutachten einholende Landesregierung den Verwendungszweck gebilligt hat.

Es ist immerhin charakteristisch, dass all diese neuen Vorschriften zur verschärften Knebelung der Gemeinden ausgearbeitet und vorgelegt worden sind, ohne dass man es auch nur für notwendig hielt, die zentralen Organisationen der Gemeinden selbst zur Beratung heranzuziehen, und ihne dass man daran gedacht hätte, die Regelung aufzubauen auf den Eigenorganisationen, die sich die Städte mit Erfolg im letzten Jahre durch ihre Kreditausschüsse gebildet haben.

Man will, so heisst es, den Kapitalmarkt planmässig regulieren, aber man muss sich doch bewusst sein, dass auf der Nachfrageseitedieses Marktes nicht nur die Länder und Gemeinden und die öffentlichen Versorgungsbetriebe stehen, sondern genau so die Gesamtheit der privaten Unternehmungen, zu denen auch die unmittelbaren Konkurrenzbetriebe der öffentlichen Versorgungswirtschaft gehören Glaubt man schon auf diesem Gebiete Planwirtschaft treiben zu können, so müsste man doch mindestens die gesamte Nachfrageseite erfassen. Man müsste mindestens für langfristige Anleihen im Inlande und im Auslande die private Wirtschaft den gleichen Richtlinien zwangsweise unterwerfen, die für das Schuldenwesen der Gemeinden aufgestellt werden. Für die Ausgabe von Obligationsanleihen würde dazu sogar die Genehmigungspflicht auf Grund des § 795 des B.G.B. eine bequeme Handhabe bieten. Eine viel weitergehende rechtlichr Ausgestaltung würde es allerdings erfordern, wenn man auch in Bezug auf kurzfristige Kredite oder überhaupt auf Anleihen, bei denen Inhaberschuldverschreibungen nicht ausgegeben werden, die Privatwirtschaft der öffentlichen Wirtschaft gleichstellen wollte. Von einem solchen Versuch ist in den Richtlinien nichts zu spüren. Nur mit Pfandbriefinstituten wurden Verhandlungen vorgesehen. Das scheint uns deutlich zu zeigen, dass es nicht Liebe zur Planwirtschaft ist, sondern das Gegenteil von Liebe für die öffentliche Wirtschaft, was den Verfassern der Richtlinien die Feder geführt hat. Wir halten den ganzen Versuch der Reglementierung des Kapitalzustroms für verfehlt und würden ihm im Interesse der Erweiterung der Möglichkeiten für eine Arbeitsbeschaffung in der deutschen Wirtschaft ein Begräbnis erster Klasse wünschen.

Aber wenn dieser Wunsch nicht erfüllt wird, weil ja der Abbau einer einmal bestehenden Behördeneinrichtung auch in einer Zeit, in der man immer wieder von der Notwendigkeit der Vereinfachung des bürokratischen Apparates sprich so unendlich schwer fällt, dann muss man zum mindesten fordern, dass die Anleihen der privaten Wirtschaft den gleichen Kontrollen unterworfen werden wie die Anleihen der Gemeinden und der öffentlichen Versorgungsunternehmen.

SPD. Die Dommitzscher Tonwerke A.G. veröffentlichen eine bemerkenswerte, wenn auch keine durchsichtige Bilanz. Man kann sie wohl am besten dahin kennzeichnen, dass nach reichlichen Abschreibungen der Reingewinn, der sich von 183 ooo Mark auf 213 ooo Mark steigerte, nicht weniger als 35% des Aktienkapitals ausmacht. 7/20 des Stammkapitals sind also rein verdient. Die Dommitzscher Tonwerke A.G. lassen aber darüber keinen Zweifel, dass sie noch Gewinne versteckt haben. Die Verwaltung spricht nämlich von nicht unerheblichen Reserven infolge vorsichtiger Bilanzierung. Die Dividende beträgt 18%. Dazu wird bemerkt, dass man mehr hätte zahlen können. Man sei aber vorsichtig und habe davon Abstand genommen. Der nicht als Dividende ausgeschüttete Teil des Reingewinns wird vorgetragen, wodurch sich der Gewinnvortrag auf etwa 81ooo Mark erhöht. Das sind 15% des Aktienkapitals.

SPD. Der Saatenstandsbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats weist auf die grossen Schädigungen infolge der trockenen Witterung hin, die besonders für Sommergetreide festzustellen seien. Der Bericht berücksichtigt, ähnlich wie der Bericht des preussischen Landwirtschaftsministeriums, die in den letzten Tagen eingetretene Weitterbesserung, die die Befürchtungen um die Ernte stark eingeschränkt hat, nicht. Immerhin tippt der Deutsche Landwirtschaftsrat auf eine Mittelernte.

SPD.Die für den 15.Juni vom Deutschen Landwirtschaftsrat durchgeführten Erhebungen über die Getreidebestände, die sich noch in Händen der Landwirtschaft befinden, ergeben eine starke Abnahme der Weizenvorräte, die sich durch den Vermahlungszwang erklärt. Von der Winterweizenernte befanden sich am 15. Juni 1930 nur noch 3,3% in der Hand der Landwirtschaft gegenüber 6,7% im Vorjahr, von der Sommerweizenernte 3% gegenüber 9,1%. Niedriger liegt auch der Prozentsatz für Sommergerste (4,7% gegenüber 6%). Der Prozentsatz für Kartoffeln wird mit 5,7 gegenüber 5,6 angegeben. Der Prozentsatz für Hafer lautet 18,9 gegenüber 18,8 und für Winterroggen 11,3 gegenüber 1o,9. Es wird aber für die letzte Zeit eine schnellere Abnahme der Roggenbestände festgestellt, was allerdings grundsätzlich nicht viel besagen will, wenn man berücksichtigt,dass der Staat allein im Laufe der letzten Monate über eine halbe Million Tonnen aufgekauft hat.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(7.Juli)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Neue deutsche Frühkartoffeln 4,50 bis 5 Mark. Alte Kartoffeln nicht mehr notiert.

Geringere Erntebefürchtungen.

(Berliner Getreidebörse vom 7.Juli).

SPD.An der Berliner Produktenbörse hielt sich das Geschäft am Montah in ausserordentlich engen Grenzen. Im Brotgetreide war alter Roggen wieder reichlich angeboten. Das Angebot wurde von den Stützungsstellen nur teilweise aufgenommen. An neuem Roggen war die Lage ziemlich unverändert. Das Geschäft war klein. Neuer Weizen zu früheren Lieferungen war etwas stärker angeboten. Das geforderte Aufgeld wurde von den Mühlen aber nur zum Teil bewilligt. Alter Weizen wurde lediglich zu Fütterungszwecken gehandelt. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte gaben die Terminnotierungen für Weizen um durchschnittlich ½ Mark nach, lediglich Juliweizen war mit 2 Mark stärker rückgängig, Juliroggen 1 ½ Mark schwächer. Die übrigen Notierungen lagen um ½ - 1 Mark schwächer. Hafernotierungen lauteten im Himblick auf das regnerische Wetter etwas niedriger, da die Ernteaussichten besser beurteilt wurden. Die handelsrechtlichen Lieferungsnotierungen lagen infolgedessen um 1½ bis 2½ Mark niedriger.

	5.Juli	7.Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 290	285 - 290
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	--	-
Futter- und Industriegerste	163 - 190	160 - 190
Hafer	158 - 165	158 - 165
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,oo-41,oo	32,75-4o,75
Roggenmehl	23,oo-25,25	22,75-25,25
Weizenkleie	9,50-10.—	9,50-10,oo
Roggenkleie	8,75- 9,5o	9,oo- 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 293-292 (Vortag 295), September 258 u.Geld (258½), Oktober 259½ (260), Roggen Juli 166-165¾ (168½), September 171¾-173 (172¾), Oktober 176½-178½ (177). Hafer Juli 171½-172 (174), September 174-174½ (176), Oktober 176½-177½ (178).

Amtliche Eiernotierungen.

(7.Juli)

SPD.Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), über 65 gramm 13, Kl.A 6o gr 11½,Kl. B 53 gr.1o, Kl.C 40 gr 9½, frische Eier über 53 gr 9½, aussortierte kleine und Schmutzeier 7.Auslandseier: Dänen 18er 13½, 17er 12¾, 15½-16er 1o½-10½, Holländer 6o-62 gr 1o¾-11¼, 57-58 gr 1o¼-10½, Rumänen 8½,Ungarn 8½-8¾, Russen normale 8½, Polen normale 7¾-8, anweichende 7¾-8, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6½-7. Tendenz behauptet.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 7. Juli 1930

Der Unbekannte.[x]

Nach einer wahren Begebenheit erzählt von Heinz Jacobs.

SPD. Es war im Winter des Jahres 1811. Die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre lastete auf Deutschland mit furchtbarem Drucke. Trotz der scharfen Küstenbewachung blühte der Schleichhandel an den Grenzen wie nie zuvor. Der Schmuggel war eine nationale Tat geworden und brachte nebenbei lohnenden Verdienst für die Schleichhändler.

An einem eiskalten Abend dieses Jahres schlich ein vermummter Mann vorsichtig durch die Dünen der Norderney. Der Wind trieb ihm in kurzen, heftigen Stössen von Zeit zu Zeit scharfe Hagelschauer in das von einem grauen Schifferbart umrahmte Gesicht. Keuchend stieg der Mann über die verwehten Dünen. Bald war er am Strande angelangt. Hier hatte der Wind ungehinderte Gewalt. Fester wickelte Harm Rass den Oelrock um seine hageren Glieder. Harm Rass war der kühnste Schmuggler der Insel, und die Franzosen hatten ihn schon lange im Verdacht. Als die Insulaner zum Bau der Napoleonschanze gezwungen wurden, war Harm Rass verschwunden gewesen. Erst als die Schanze fertig war, tauchte er wieder auf. Nie haben die Franzosen erfahren, wo Harm in dieser langen Zeit gewesen war. Kurze Zeit nach seiner Rückkehr hatte er den Schmuggel auf Norderney organisiert. Er hatte die besten Verbindungen mit den Engländern. Seine Verbindungsleute lieferten den besten und billigsten Rum, den würzigsten Kaffee Bisher war es den Franzosen trotz aller Wachsamkeit noch nie gelungen, Harm und seine Helfer zu fassen. Der Schaden, den er dem Feinde zufügte, ging ins Ungemessene.

Heute Abend wollten die Engländer kommen und eine Ladung Rum bringen. Harm Rass wartete schon geraume Zeit. Aber noch immer zeigte man das Signal nicht. Harm stiess einen kurzen Fluch aus und spuckte einen dicken Strahl brauner Priemsosse aus. Das würde er den Kerls anstreichen, ihn hier in der Kälte warten zu lassen. Sollten die Engländer es am Ende bei dieser Kälte vorgezogen haben, zu Hause zu bleiben? Sinnend blickte Harm über den frostglitzernden Strand nach See zu. "Düwel ok, dat kann angohn", murmelte er. Nur kurze Zeit wartete der Schmuggler noch. Dann wandte er sich langsam ab und ging.

Den Rückweg wählte Harm Rass über den Strand. Die Franzosen würden in dieser Frostnacht nicht auf Schleichhändler warten. Sie sassen sicherlich in Diederk Kluins Grogstube und wärmten sich. In Gedanken versunken schritt Harm über den erstarrten Strand. Der Wind orgelte in gewaltigen Akkorden über ihn dahin. Rechts von dem einsamen Wanderer rauschte das Meer seine urewige Melodie. In kleinen Wellen brach sich die eben aufkommende Flut. Unter den schweren Seestiefeln zerknirschten kleine Eisstückchen, die dem Strande sein silbern glänzendes Aussehen gaben. "Gottsverdori, wat is dat?" stiess der alte Seemann plötzlich aus und blickte auf den Boden. Er war in seiner Versunkenheit über einen halb im Wasser liegenden Gegenstand gestolpert. Hell und silbrig scheinend lag dort am Strande ein grosser Balken, von den anrauschenden Wellen sanft umspült. Harm Rass bückte sich und stiess mit dem Stiefelabsatz gegen das Holz. "Di kann ick bruken", sagte er und versuchte, den Balken zu heben. Es gelang ihm nach einiger Anstrengung, die Last auf seine Schultern zu laden. Jetzt schlug der Schmuggler eine schnellere Gangart ein. Bald gelangte er auf

Umwegen in seine Behausung. Den Balken lehnte Harm gegen den grossen Kachel=ofen,der eine wohlige Wärme ausstrahlte.Nachdem er sich noch einen steifen Grog gebraut hatte,kroch er zufrieden in sein breites Bett und war kurze Zeit darauf in tiefen Schlaf versunken.

Als Harm am folgenden Morgen den Ofen anheizen wollte,fuhr er plötzlich erschrocken zusammen. An der Stelle,an der er gestern Abend den Balken ange=lehnt hatte,kauerte in einer Wasserlache eine in sich zusammen gesunkene Ge=stalt. Mit weit aufgerissenen Augen starrte der Alte einen Augenblick in die Ecke. Dann fasste er Mut und wandte behutsam das Haupt des Menschen.Er sah in die stieren Augen eines Ertrunkenen. Erschüttert blickte der alte Seemann in die glanzlosen Augen des Toten. Dann drückte er sanft die Lider herab und murmelte still: "Herr,geef em Freeden!"

Darauf machte er sich an eine Untersuchung des Toten. Seiner Tracht nach war der Angetriebene ein Seefahrer einer fremden Nation, wahrscheinlich ein Norweger oder ein Schwede. In seinen Kleidern waren keine Ausweispapiere zu finden. Ein riesiges Bordmesser und eine alte Tabakpfeife waren die einzigen Gegenstände,die der alte Harm Rass bei dem Angeschwemmten fand.

Drei Tage später trugen Norderneyer Fischermänner den fremden Matrosen auf den Inselfriedhof in den Dünen. Ein schmuckloses Holzkreuz steht auf sei=nem Grabe, mit der Inschrift: "Ein unbekannter Seemann. Angeschwemmt am...1811. Geborgen von Seefischer Harm Rass. Ruhe sanft!"

Wanderarbeiter in Amerika.[x]

SPD. Die Jagd nach dem Gelde und die Hast nach geschäftlichen Erfolgen sind die belebenden Elemente des Durchschnittes der amerikanischen Bürger. Trotzdem leben jenseits des Ozeans mehr Menschen,die auf diese Dinge verzich=ten und ihren eigenen Weg gehen, als man in Europa annimmt. Es wird in Amerika nur weniger davon gesprochen. Man übersieht lieber das,was nicht in den geord=neten Rahmen passt. Solange aber der Mensch drüben nicht mit dem Staate oder der öffentlichen Meinung in Konflikt gerät, kann jeder sein Leben so einrich=ten,wie er will. Und die Weite des Landes,die Verschwendung,die sich ein rei=ches Land leisten kann, haben am Rande der bürgerlichen Ordnung eine Menge Existenzen gross werden lassen,die wenig zu dem Bilde passen,das man sich bei uns von U.S.A. macht. Niemand fragt danach,wer dabei zu Grunde geht.Jeder ist sein eigener Herr,aber auch allein für sein Schicksal verantwortlich.Soziale Hilfe und Fürsorge für aus der menschlichen Gesellschaft Entgleiste gibt es kaum. Das ist die äusserste Konsequenz der kapitalistischen Lebensanschauung: frei von allen Bindungen,aber auch frei von jeder menschlichen Gemeinschaft und Unterstützung zu sein. Es mag stimmen,dass die Hilfeleistung von Mensch zu Mensch drüben trotzdem grösser als anderswo ist,weil jeder denkt,ob er nicht mal in die gleiche Lage geraten kann. Für den Staat jedoch existieren die nicht mehr als wohlgeordnete Glieder geltenden,ruhelos umherziehenden Men=schen erst dann,wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Das Land ist ja so gross,dass die Meisten sich durchschlagen,wie es die Zeit gerade erlaubt,und die wirdfreilich auch für diese Leute immer schlech=ter. Das Leben der amerikanischen Landstreicher,Tramps genannt, hat Jack Londo vortrefflich in seinen Werken geschildert. Das einst so beliebte Blindfahren auf den Güterzügen ist heute jedoch ein gefährlicher Sport geworden,da die Bahnpolizei in U.S.A. jeden Blindfahrer nach Anruf erschiessen darf,nachdem die Bahnberaubungen in solch erschreckendem Masse zugenommen haben.Nun können die amerikanischen Walzbrüder aber nicht wie bei uns durch das Land tippeln, mit Packsack und Wanderstab. Dazu sind die Entfernungen zu gross. Dafür neh=

men Lastautos und für den sauber Angezogenen auch Privatleute ziemlich jeden auf, der auf der Landstrasse dahergeht,und an den Wegkreuzungen sieht man manchen mit seinem Bündel sitzen,der in philosophischer Ruhe auf einen "Ride" wartet. Auf diese Weise durchkreuzen viele mehrmals im Jahre den Kontinent. Andere haben sich von irgendeinem Schutthaufen einen alten Motor geholt,ein paar Kisten und vier Räder daran montiert,und fertig ist das eigene Auto,das auch mit in der Statistik zählt, nach der jeder fünfte Amerikaner sein Auto hat. Der Betriebsstoff zum Fahren wird erbettelt,oder durch Autowaschen schnel verdient.

Ueberhaupt hat der Tramp in Amerika grössere Freiheit und ist selten so heruntergekommen wie sein europäischer Bruder,denn irgend eine schnelle Gelegenheitsarbeit bietet sich immer mal. Nicht selten greift man aber auch zu bequemeren Methoden,um zu Geld zu gelangen. So geschah es in einem kleinen Städtchen des äussersten Westens,dass eine ganze Truppe von Tramps, mit ihren Autos angekommen,die Hauptstrasse versperrte und jeden Vorübergehenden um Geld anging. Um Unannehmlichkeiten zu ersparen,gab jeder etwas,und ehe die Polizei kam,waren alle auf und davon,trotzdem die wackeren Gesetzeswächter sie wahrscheinlich auch nur in den nächsten Ort gejagt hätten,um ihre Ruhe zu haben, und damit die nächste Polizeistation auch ihre Freude haben soll.

So irren diese freiheitsliebenden Abenteurer durch Prairie und Steppe und durch das Hochgebirge, ja,gelegentlich als blinde Passagiere oder Trimmer sogar nach Australien oder Südamerika. Keiner ist ihnen Freund, als Himmel und Erde und ein zufälliger Kamerad. Sie kennen oft jeden Platz auf der halben Erde,verstehen mehrere Sprachen und sind oft froh,nur ein Nachtlager zu erhalten,um am nächsten Morgen weiter zu wandern,immer auf ihrer ewigen Jagd nach dem Wunder.

Von den Tramps sehr verschieden sind die Wander= und Saisonarbeiter.Sie sind überall dort, wo gut verdient wird, erarbeiten sich rasch eine Menge Geld und verjubeln das Ganze in ein paar Wochen in der nächsten Stadt.Sie sind eigentlich unsympathischer als der Tramp. Oft findet man unter ihnen rohe und unehrliche Gesellen,während die meisten Vagabunden verträumte Gemüter sind, oft junge Menschen aus europäischen Ländern,die sich in das auf den Dollar eingestellte Amerika nicht eingewöhnen können. In Massen treten die umherziehenden Arbeiter bei der Weizenernte in der Prairie auf. Da sind sie unentbehrlich. Für ein paar Wochen gibt es dann bei äusserst schwerer Arbeit sehr hohe Löhne und erstklassiges Essen,da sonst die Leute weglaufen würden. Und man braucht sie dringend,um die Ernte vor dem ersten Schneesturm hereinzubringen. Hier wird die eiserne Reserve für den langen und schweren Winter verdient.

In der Stadt aber sind diese wandernden Arbeiter mit ihren geringen kulturellen und geistigen Ansprüchen eine unangenehme Konkurrenz für die ansässige Arbeiterschaft und sind deshalb oft verhasster als die bettelnden Landstreicher. Meist wird ja in der Grosstadt nur der Verdienst ausgegeben,und dann geht es wieder hinaus auf die Farmen. Bald im Süden in der Orangenernte, bald in Californien oder in Mexiko, dann wieder im Norden zur Heu= und Getreideernte jagen diese Menschen im Lande umher, oft mit eigenen Zelten im Auto, überall und nirgends zu Hause. Viele von ihnen,und fast alle Tramps,sind wohl schon als junge Burschen von zu Hause ausgerückt, als ihre Abenteuerlust nicht mehr zu bändigen war. Für sie ist dieses Leben die einzige Erlösung.Nur wenige fassen später noch mal festen Fuss und lassen sich irgendwo nieder.In der Neuen Welt ist auch für sie noch Raum genug, während in Europa nur Gendarmenhelm und Gefängnisgitter auf sie warten,wenn man von den wenigen,mustergültigen Anstalten in manchen Grosstädten absieht,die durch den Druck der Arbeiterschaft auch für unsere ruhelosen Brüder eingerichtet sind.In jedem Menschen schlummert janoch ein Stück Landstreichertum,und ohne Freiheitsliebe und Sehnsucht nach Abenteuern wäre die Welt ein armseliger Jammer.Nur die Wege dahin sind verschieden.Manche wandern langsam und bedächtig,andere jagen ohne Ruhe rastlos und dämonisch vorwärts....

Karl Möller,

Die schwarze Kunst in Berlin.[x]

SPD. Die gegenwärtig in Berlin veranstaltete Ausstellung "Das alte Berlin" stellt im wesentlichen das Berlin der letzten 200 Jahre dar. Die buntbewegte Welt der brandenburgischen Kurfürsten fehlt. So gibt es hier z.B.ein altes chemisches,aber kein alchymistisches Laboratorium. Und doch gab es eine Zeit,in der die Alchymie und ihre Schwesterkünste Astrologie und Magie eine grosse Rolle in Berlin spielten. Das war die Zeit der Kurfürsten Joachim II. und Johann Georg,in der auch einmal der Hofastrologe Carius den Untergang von Cölln und Berlin prophezeit hatte und alles,was Beine hatte,auf den Tempelhofer Berg floh, um von dort das Schauspiel mit anzusehen.Denn trotz aller Skepsis, zu welcher der Berliner neigt,scheint es doch sein Schicksal zu sein,von Zeit zu Zeit den Mystfikationen von Abenteurern anheim zu fallen.Gerade vor 400 Jahren ist ein Mann geboren, unter dessen Suggestion seinerzeit die ganze Berliner Gesellschaft,der Hof und die gelehrte Bürgerwelt standen,und der wohl zu den genialsten Abenteurern gehört,welche die Geschichte kennt.Dieser Leonhart Thurneysser, genannt zu Thura, der 14 Jahre lang als Leibmedikus beim Kurfürsten Johann Georg wirkte, war ein Mann,bei dem sich wunderlich und grotesk Hang zum Abenteuer,bedenkliche Skrupellosigkeit und geniales wissenschaftliches Denken paarten,jedenfalls ein Mann von brennendem Ehrgeiz und einer ungeheuren Schaffenskraft. Er war der genialste Schüler des Paracelsus. Seine Schriften,die dicke Bände umfassen – seine grosse Geschichte der Alchymie ist allein 30 Bände stark –,waren damals bekannter als die Schriften seines grossen Lehrers und ein Orakel für Stadt und Land.

Als Sohn eines Goldschmieds 1530 in Basel geboren, war diesem seltsamen Manne die Liebe zum Golde der Lebensatem, Gold bedeutete ihm nicht schnöder Besitz,sondern wie allen grossen Alchymisten des Mittelalters schien es ihm der Schlüssel zur Macht und zu allem tiefsten Wissen der Welt zu sein. Den Urstoff,den Stein der Weisen galt es zu finden. Durch geheimnisvolle Schmelzprozesse unedler Metalle, besonders des Kupfers,glaubte man das ersehnte Gold künstlich darstellen zu können. Wie Ibsens John Gabriel Borkmann,so schien auch Thurneysser dem betörenden Singen der Metalle in den Felsen zu lauschen, bezaubert von der berückenden Melodie. Fast noch ein Knabe,besass er in Toril ein eigenes Berg= und Schmelzwerk,das er mit grossem Erfolge betrieb.Sein Vater,der die Unrast und Abenteuerlust seines Sohnes erkannte,verheiratete ihn mit sechszehn Jahren,um ihn an ein bürgerliches Dasein zu gewöhnen,aber der junge Thurneysser liess sich nicht binden und durchzog als wandernder Schüler die Welt. Wir finden ihn in Rom und Florenz. Mit seiner Kunst nahm er es damals nicht sehr ernst. Brauchte er Gold,so verkaufte er vergoldete Bleistangen als echtes Gold. Man erzählt,er habe in Rom zum Erstaunen der gelehrten Welt einen eisernen Nagel in Gold verwandelt. Als sich dann jedoch herausstellte, dass die vergoldete Spitze künstlich an dem Nagel befestigt war,musste er fliehen. Wandernd durchzog er die Türkei und Arabien,später England und Portugal.

Im Orient wurde aus dem Goldmacher ein Arzt. In der Mitte des 16.Jahrhunderts finden wir ihn in Norddeutschland, in Frankfurt an der Oder. Der Ruf eines geschickten Arztes ging ihm voran. Er kam nach Berlin, und es gelang ihm, die Kurfürstin von einem schmerzhaften Leiden zu heilen. Daraufhin machte ihn der Kurfürst Johann Georg zu seinem Leibmedikus,und er genoss bald ein ungeheures Ansehen. Die Schriften des berühmten antiken Arztes Galenus verbrannte er. Seine Heilmethode wollte er ganz aus sich selber finden. Er berief sich auf direkte göttliche Offenbarung, durch die ihm die Heilwerte der Pflanzen und Metalle und ihre Zusammenhänge mit den Gestirnen kundgetan seien. Wunderbare Kuren wurden von ihm berichtet. Sein Ruf wuchs; Ehren und Gold strömten ihm zu. Die Berliner Aerzte verloren ihre Praxis,warteten müssig auf Patienten und waren nicht günstig auf den Fremdling zu sprechen,Aber der Hof

hielt zu ihm. Die Kurfürstin richtete in Halle ein alchymistisches Laboratorium ein, das Thurneysser leitete, und in Berlin überliess der Kurfürst ihm das Graue Kloster für seine Arbeiten. Hier machte er in seiner Alchymistenküche seine Versuche und hielt Hof wie ein Fürst. Er hatte seine eigene Druckerei, in der seine Werke gedruckt wurden. Er beschäftigte Zeichner, Maler und Holzschneider. Sein grosses Pflanzenbuch ist noch heute interessant.

Thurneysser war der Erste, der in Berlin ein Naturalienkabinett anlegte. Er studierte die geologischen Formationen der Mark Brandenburg. Er gründete Glashütten, Alaun- und Salpetersiedereien. In der Nähe von Küstrin entdeckt er mineralische Quellen. In vielen Bächen glaubte er Goldkörner zu finden. Von der Spree sagt er: "das Wasser ist grünfarbig und führet in seinem Schlich Gold und eine gute Glasur." Von der Havel hält er nicht viel, "ein fischreich, schwer und ungesund Wasser, davon etliche Weiber, die es trinken, scharfe und lügenhafte Zungen bekommen." Seine naturwissenschaftlichen Beobachtungen hat er in seinem grossen Werke "Pison" niedergelegt. Er besass umfassende astronomische Kenntnisse, und seine Beherrschung fremder Sprachen, wie des Aramäischen usw., gab zu dem Gerüchte Veranlassung, er verdanke diese Kenntnisse dem Teufel. Wie sein grosser Lehrer Paracelsus, der gesagt hatte, "alle Krankheit kommt vom Herzen", so suchte auch Thurneysser vom Geistigen aus zu heilen, und tatsächlich scheint die suggestive Kraft seiner starken Persönlichkeit sein Hauptheilmittel gewesen zu sein Diese Berliner Jahre bedeuten den Höhepunkt seines Lebens. Aber Thurneysser war keine sesshafte Natur. Wie ein Fieber kam die Sehnsucht in die Ferne, kam das Problematische seiner Natur wieder zum Durchbruch. Er warf Ehren und Ansehen hin und begann wieder, unstet die Welt zu durchwandern. Flüchtig und heimatlos starb er im grössten Elend in Cöln in einem Kloster.

Man hat Thurneyssers Flucht aus Berlin in Zusammenhang gebracht mit einem unaufgeklärten Morde. Ein junger Mönch, dem angeblich im Kloster Oliva von seinem sterbenden Abte das Geheimnis, Gold zu machen, anvertraut worden war, und der im Besitz aufschlussreicher Geheimschriften sein sollte, wurde bei Wittenberg ermordet aufgefunden. Die neidische Missgunst, die längst Thurneysser zum schwarzen Magier gestempelt hatte, zieh ihn der Mittäterschaft an diesem Verbrechen. Nach ungedruckten Briefen, die man erst kürzlich gefunden hat, und die Max Speter veröffentlichte, scheinen jedoch andere Motive seine Flucht veranlasst zu haben. Der Kurfürst soll ihm 2000 Mark Selbergeld gegeben haben, damit er die "grosse Kunst" beweise, dieses Silber in Gold zu verwandeln. Dadurch sah sich Thurneysser vor die Wahl gestellt, entweder seinen Gönner zu betrügen oder die Grenzen seines Könnens einzugestehen. Das aber ertrug seine egozentrische Natur nicht. Mit dem Glauben an seine göttliche Sendung wäre er selbst zerbrochen. So warf er aus eigenem Antriebe fort, was er sonst schimpflich verloren hätte: Ehren und Ansehen. Vielleicht trifft diese Annahme zu. Wer entwirrt die Fäden einer so komplizierten Seele! Vielleicht trieb ihn auch die gleiche Sehnsucht, die einen Franz von Assisi, einen Paulus, einen Karl den Fünften trieb, alles, was die Welt geben kann, fortzuwerfen, um in Einsamkeit einen Weg zu suchen nach den ewigen Quellen alles Lebens.—

Helene Bulle.

SPD. Ein Heine-Komitee in Paris. Unterdem Ehrenvorsitz von Eduard Herriot hat sich in Paris, wie "Die Literarische Welt" mitteilt, ein Komittee gebildet, das Kundgebungen zu Ehren Heinrich Heines vorbereiten und Geldspenden sammeln will, die dem Fonds für die Errichtung eines Heine-Denkmals in Heines Geburtstadt Düsseldorf zufliessen sollen.

Gewitter über der Stadt.[x]

Wieder war es so heiss,dass die Bäume stöhnten.
Eine einzelne Wolke stand am Himmel und bewegte sich nicht.
Vögel,die sich an die sengende Hitze gewöhnten,
Sangen ihr Lied hinauf in das glitzernde Licht.
Neben den singenden Vögeln und Bäumen
Stand auf schwankenden Beinen die steinerne Stadt,
War ausserstande,ein Märchen zu träumen –
Und stöhnte nur matt.

Ein Windstoss pfiff durch die stehende Luft.
Die Menschen erhoben die Nasen und sogen ihn ein.
Vom Boden erhob sich ein schwüler Duft
Und glitt durch die Strassen und drang in den Stein.
Gelbe Wolken liefen um die Wette,
Grollend,wie in Wut versetzte Ritter,
Banden sich zu einer dumpfen Kette –
So kam das Gewitter.

Weisse Blitze stiessen in die Erde.
Trommelnd hämmerte der Donner nach.
Wie die Sturmjagd wild geword'ner Pferde
Strömte Regen über Weg und Dach.
Angstvoll schrieen schwankende Antennen,
Alle Menschen liessen Wort und Witz,
Wütend schien der Himmel auszubrennen –
Da traf ein Blitz.

Menschenziele waren längst vergessen
Unter diesem unbekannten Beben.
Nur <u>ein</u> Wunsch begann den Raum zu messen:
"<u>Lass mich leben</u>!..."

Kurt Reiss.

Die weisse Schmach.

SPD. Im Hugenbergschen "Loka=Anzeiger" beschäftigt sich Rudolf Stratz mit der Befreiung der Rheinlande. Rudolf Stratz,der Schriftsteller,ist eine Familienblatt=.Rudolf Stratz,der Politiker,ist eine Stahlhelm=Angelegenheit. Wenn ich seinen Namen höre, assoziiert sich mir immer derjenige Walter Bloems. Beide haben viel Gemeinsames. Aber es besteht doch ein Unterschied: Bloem hat etwas Chavalereskes, Nobles. Stratz rangiert menschlich drei Klassen tiefer. Beispielsweise schreibt Stratz über die Spahis und Marokkaner,die auf Befehl Frankreichs mit ins Rheinland marschieren mussten. Die Ansicht,dass diese schwarzen Soldaten nicht gerade richtig am Platze waren,ist nicht nur in Rechtskreisen verbreitet. Aber es handelte sich weniger um eine schwarze, als um eine weisse Schmach. Die Schwarzen sind nicht aus eigenem,freiwilligem Entschluss ins Rheinland gekommen.Sie sind dorthin kommandiert worden.Sie haben sich auch keineswegs wohlgefühlt in Deutschland. Unser rauhes,kühles Klima hat diesen Söhnen einer heisseren Sonne nicht nur nicht behagt: es ist Gift für sie gewesen. Zu Hunderten sind sie dahingesiecht.

Nun,das Elend auf der Welt ist ganz allgemein sehr gross, und es muss immerhin zugegeben werden,dass das Leid,das es in Deutschland gibt,uns näher liegt als jenes,das die schwarzen Besatzungstruppen zu verspüren bekamen.Sofern man es aber überhaupt für nötig hält, die Kältequalen dieser Afrikaner zu erwähnen, wird man es als mitfühlendes Geschöpf nur in bedauerndem Sinne tun dürfen. Was tut Stratz? Den Spahis ist er im Januar 1920 im Schneesturm begegnet. Er beschreibt das so: Sie sassen "in ihren weissen Mänteln auf Schimmeln,dass ihre Umrisse im weissen Flockenwirbel fast verschwanden und man von dem ganzen Reiterregiment in Parade nur 600 braune, violettverfrorene Fratzen sah". Auch Marokkaner hat Stratz gesehen. "Sie husteten eine besonders tropengiftige Form von Influenzabazillen auf das geduldige Deutschland." Arme Teufel,die gewiss keine grössere Sehnsucht kannten,als zurückzukehren nach ihrem Afrika, holten sich, fern der Heimat, tödliche Krankheiten.Stratz, dem,am eigenen Körper, vielleicht schon eine entzündete Nase die Quelle erheblichen Grams bedeutet,beschimpft,verhöhnt,lästert die Symptome des Todes. Ein schmerzverzerrtes Gesicht ist ihm eine Fratze und die Bazillen sind ihm nicht deutsch genug.

Es ist wahr,dass dieser und jener Spahi oder Marokkaner eine deutsche Frau vergewaltigte. Sie taten es unter der Geissel der Sexualnot. Ihr Tun war verwerflich. Aber die Motive waren natürlich: jenseits von Gut und Böse.Bei Stratz ist nicht nur das Tun,sondern auch die Wurzel dieses Tuns verwerflich. Der letzte Spahi ist ein edlerer Mensch als dieser deutsche Hugenbergskribent, der aus schmutzigem Hass gegenüber Mitgeschöpfen,die eine andere Hautfarbe haben als er,Todgeweihten sogar die Art und Beschaffenheit ihrer Tuberkeln zum Vorwurf macht.

Drago.

SPD. Billige Nietzsche=Ausgaben. Am 25.August dieses Jahres ist Nietzsche dreissig Jahre tot. Das bedeutet,dass die Werke dieses grossen Dichter=philosophen mit dem Beginn des nächsten Jahres für alle möglichen mehr oder minder berufenen oder unberufenen Verleger "frei werden". Um der Gefahr eines Ueberangebots minderwertiger Nietzsche=Ausgaben für unkritische breite Massen nach Möglichkeit zu begegnen,hat der bekannte Nietzsche=Verlag Alfred Kröner in Leipzig schon jetzt in seiner verdienstvollen Sammlung "Kröners Taschenausgaben" alle wesentlichen Schriften Nietzsches in erstaunlich billigen,geschmackvollen Ganzleinenbänden herausgegeben,die den authentischen,vollständigen Text der grossen Gesamtausgabe enthalten. Die Preise für die einzelnen Bände bewegen sich zwischen 2,50 Mark (Also sprach Zarathustra") und 4 Mark ("Menschliches Allzumenschliches"; "Der Wille zur Macht"). Die wissenschaftliche Zuverlässigkeit und die beigefügten Erläuterungen der Herausgeber,ferner die gediegene buchtechnische Ausstattung und die Handlichkeit machen diese Ausgabe am besten geeignet zur Verbreitung von Nietzsches Ideen in den weitesten Kreisen.

SPD. Abwechslungsreiche Speisekarte.[x] "Nun,wie war denn das Essen in dem Hotel, wo Sie während ihrer Ferienzeit gewohnt haben?War es sehr abwechslungsreich?"

"Zunächst einmal war es teuer."

"Und nicht abwechslungsreich?"

"Doch,sogar sehr abwechslungsreich.Wir hatten zum Beispiel fünf verschiedene Namen für Deutsches Beefsteak...."

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S•P•D

Nr. 50 Berlin, den 7. Juli 1930.

Ernährungssekten. x

SPD. Nicht nur hinsichtlich der Kleidung ist es in erster Linie die Frau, die sich der Tyrannei der Mode ohne viel Widerspruch unterwirft. Auch in der Ernährung ist sie allzu geneigt, jede Modetorheit getreulich mitzumachen. Ernste Männer der Wissenschaft, besonders der berühmte Physiologe Professor Rubner, haben in letzter Zeit wiederholt in Wort und Schrift darauf hingewiesen, dass sich in unserm Ernährungswesen geradezu ein Sektierertum herausgebildet hat. Jede einzelne dieser Sekten glaubt, den Stein der Weisen gefunden und einen Garantieschein für ein langes und gesundes Leben in der Hand zu haben. Die meisten dieser Ernährungssekten werden von ungebildeten Laien ins Leben gerufen, denen die fundamentalsten Ernährungsgesetze fremd sind; gerade daraus aber erklärt sich die unkritische Ueberschätzung ihrer Ideen und das laute Rühren der Reklametrommel. Da die übertriebenen Behauptungen der Sektierer schon heute dazu geführt haben, schwere Beunruhigung und Verwirrung in der Bevölkerung hervorzurufen, die gar nicht mehr weiss, welchem der vielen Apostel sie schliesslich Gehör schenken soll, so hält Prof. Rubner in wissenschaftlichem wie in allgemeinem öffentlichem Interesse den Zeitpunkt für gekommen, zu dieser Frage grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Zahlreiche Sekten fussen auf der Idee, dass die Menschen zu viel Eiweiss verzehren; die Entstehung von Gicht, Arterienverkalkung, Neurasthenie, Migräne und vieles andere führen sie auf das Eiweiss zurück, das sie beinahe als Gift fürchten und am liebsten aus unsrer Nahrung fast ganz ausmerzen würden. Demgegenüber verweist Rubner auf das kleine Völkchen der Festland-Eskimos die sich ausschlieslich von rohem Renntierfleisch und rohen Fischen ernähren, ohne dass diese überwiegende Eiweissnahrung ihnen schadet. Die Eskimos sind im Gegenteil, trotz der harten klimatischen Verhältnisse, in denen sie leben, kräftig und leistungsfähig und erreichen ein auffallend hohes Alter. Von den gefürchteten Krankheiten, wie Gicht und Arterienverkalkung, - den viel - leicht altesten Krankheiten des Menschengeschlechtes überhaupt, - lässt sich bei ihnen nichts nachweisen. Die Ernährungsweise muss sich in erster Linie dem Klima anpassen. In unsern Breiten ist eine vorwiegende Eiweissernährung gewiss nicht am Platze; die übertriebene Furcht aber vor dem Eiweiss, das immerhin einer der wichtigsten Aufbaustoffe unsres Organismus ist, weist Professor Rubner energisch zurück.

Die grösste und geschlossenste Sekte der Eiweiss-Gegener stellt die Sekte der Vegetarier dar, die ihren Namen von vegetus ("gesund") herleiten und eigentlich auf ethischen Grundsätzen fussen. Sie enthalten sich konsequent aller tierischen Nahrung, sind Antialkoholiker, verwerfen Kaffee, Tee, Tabak, überhaupt alle schädlichen Genussmittel, sind meist Anhänger der Naturheilkunde und bestimmter Bekleidungsformen: Wollregime, Baumwollregime und Leinenregime lautet abwechselnd ihre Parole. Vom ethischen Standpunkt aus gesehen, steht die Sekte der Vegetarier über jeder Kritik; ihre Bekämpfung der Genussgifte ist ganz gewiss verdienstlich. Vom ernährungsphysiologischen Standpunkt aus jedoch erheben sich gegen den Vegetarimus schwere Bedenken. Die vegetarische Kost ist bei dem allzu reichlichen Gebrauch von Gemüse und Obst viel mengenreicher als die gemischte Kost; sie belastet Magen und Darm und regt die Verdauungsdrüsen zu allgemein reichlicher Ausscheidung an. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist der Vegetarismus zur allgemeinen

Befolgung völlig ungeeignet, weil unsre Bodenverhältnisse zu einer vegetarischen Ernährung des Volkes nicht ausreichen. Die Viehzucht gestattet uns, sonst unfruchtbare Strecken des Landes zur Fleisch, Milch, Eiergewinnung usw. auszunutzen, und liefert ein Drittel unsrer gesamten Nahrungsmenge.

Gegenüber den Nährsalzsekten, die zur Vergrösserung der Kalkzufuhr Gemüse bevorzugen, erinnert Professor Rubner daran, dass Gemüse im Verhältnis zu seinem Nährwert reichlich teuer ist. Statt Spinat kann man sich für das gleiche Geld dreimal so viel Nährwerte in Fleisch kaufen und viermal so viel in Milch! Die gesunden Nieren besorgen ohne unser Zutun das Ausscheiden der überflüssigen Salze, und auch nach der Richtung des Säurenbedars oder Basenbedarfs reguliert sich der Organismus, dem wir diese Aufgabe ruhig überlassen können, von selbst.

Die Sekte der Fletscherer wollte einmal durch tüchtiges Kauen die Welt erlösen- Die alte Volksregel "Gut gekaut, ist halb verdaut", wurde hier zum System erhoben. Der Amerikaner M. Horace Fletcher schrieb uns vor, wie oft wir jeden Bissen vor dem Herunterschlucken zu kauen hätten. Durch vieles Kauen sollte die Menge der notwendigen Nahrung erheblich vermindert werden. Im Notjahr 1917 fand diese Lehre grossen Anklang; hoffte damals doch so mancher. mit Fletschern dem Gespenste des drohenden Hungers zu entgehen. Heute hat die Sekte abgewirtschaftet. Das Körnchen Wahrheit aber, das in ihrer Lehre enthalten war, haben wir uns zunutze gemacht: nämlich die Forderung, auf das Essen genügend Zeit zu verwenden, die Speisen nicht gierig herunterzuschlukken, sondern sie vorher gut zu kauenm damit sie besser verdaut werden, - eine Forderung, die wir ja übrigens in der Kinderstube schon immer gestellt haben.

Aus der Fülle der Ernährungssekten haben wir nur einige der charakteristischsten und verbreitesten herausgegriffen, deren Zahl sich noch beliebig vermehren liesse, etwa durch die Vertreter der Schlackentheorie, der Vitaminlehre, der Mazdaznan und vieler anderer- Fast alle der hier angeführten Sektieren stimmen überein in ihrem Ruf: "Zurück zum goldenen Zeitalter der Urzeit". Die wenigsten aber von ihnen dürften wissen, dass es in jener Urzeit viel schwerere Ernährungskrankheiten gegeben hat als heute: Alte japanische Knochenfunde und Knochenreste aus Zentralfrankreich belehren uns, dass jene "Rohköstler" im höchsten Masse an Knochenfrass und Knochengeschwülsten litten, und dass rhachitische und tuberkulöse Veränderungen der Knochen damals an der Tagesordnung waren. Um uns und unsre Kinder richtig zu ernähren, brauchen wir keiner der zahlreichen Ernährungssekten Folge zu leisten; weder brauchen wir ängstlich das Eiweiss zu meiden, noch die Wohltaten einer schmack haft zubereiteten gekochten Mahlzeit preiszugeben. Eine gemischte Kost, bei der allerdings das Fleisch nicht überwiegen, das Gemüse nicht fehlen soll, bei der vor allem die Vitamine, wie sie sich in roher Milch und Butter, in frischem Obst und grünem Salat finden, nicht zu kurz kommen dürfen, entspricht für die grosse Mehrheit unsres Volkes am besten den hygienischen und volkswirtschaftlichen Forderungen. Der Kranke ist von den allgemeinen Regeln selbst verständlich ausgenommen; er braucht unter Umständen eine salzfreie, fleischlose oder sonstige Diät. Für den Gesunden aber gilt Rubner's Wort: "Die Natur deckt uns den Tisch, und ihrer Gaben dürfen wir uns freuen."

Dr. Lily Herzberg.

Bukarester Prozession.[x]

Von unserm Bukarester Korrespondenten.

SPD. Es gibt verschiedenartige Prozessionen: solche um eine gute Enrte, um Regen oder Sonnenschein je nach den Launen des Wettergottes, kirchliche Umzüge mit grossem Pomp, bei denen zur Erbauung der Gläubigen die sterblichen Ueberreste eines Heiligen durch die Strassen getragen werden, Bittgänge zur Abwendung von Kriegs- und anderen Gefahren; doch ziemlich vereinzelt dürf-

ten kirchlische Umzüge sein, die zu dem Zwecke unternommen werden, die Entfernung irdischer Liebe und verpönter weltlicher Freuden zu veranlassen. Eine solche nicht alltägliche Prozession wurde in Bukarest an einem der letzten Sonntage in einer verrufenen Gegend abgehalten, die man nach einem dort befindlichen Steinkreuze "Crucea de piatra" nennt.

Kam ein Fremder nach Bukarest und wollte er einen Vorgeschmack süssesten orientalischen Liebeslebens erhalten, so führte ihn bisher sein Mentor gewöhnlich in die "Crucea de piatra", in jene Gegend der rumänischen Hauptstadt, wo gewissen Freuden des Lebens um Geld und gute Worte bereitwillig die Tür zur engen Kemenate offen steht. Dennoch sieht man in diesem gerade nicht kleinen Freudenviertel Bukarests mit seinen rund zweihunder Bordellen sehr wenig Freude, sondern höchste soziale Not. Es ist ein Gewirr von schmutzigen Strassen, in denen sich kaum eine einzige saubere Hütte zu ebener Erde befindet. Wacklige Bretterzäune sperren die Höfe und kleinen Gärten dieser keuschen Gemeinde recht wenig blicksicher von der Gasse ab, und in Fenstern und Türen liegen alte und junge Semester und krakeelen in den Tag hinein. Und da die Bekleidung der Bewohnerinnen namentlich in den schwülen Sommernächten mancherlei zu wünschen übrig lässt und die Damen häufig sogar fromm und frei der schrankenlosen Nacktkultur huldigen, da auch die recht spärlich hier und dort aufgestellten Polizisten keinen allzu grossen Eifer bekunden, um jugendliche Personen von ihren Beobachtungsposten zu verjagen, so ist das erwähnte Bukarester Stadtviertel in mancherlei Beziehung ein permanenter Skandal, der die sittlichen Grundsätze der umwohnenden Bevölkerung aufs schwerste gefährdet. Das haben die Leute, die an der "Crusea de piatra" wohnen, und denen die verrufene Nachbarschaft ein Dorn im Auge ist, schon längst eingesehen und deshalb nichts unversucht gelassen, um die Entfernung des Schandviertels zu betreiben. Deputation auf Deputation wurde zu allen nur irgendwie Einfluss besitzenden Persönlichkeiten entsandt; Artikel wurden in Zeitungen geschrieben und Protestkundgebungen veranstaltet, um die breite Oeffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in der "Crucea de piatra" aufmerksam zu machen; aber es half nicht das Geringste. Es fehlte der Stadt vor allem an Geld, um den Bewohnerinnen der verruchten Gegend an der Bannlinie Bukaretss geeignetere Unterkünfte zu erbauen, die die Sittlichkeit der Stadt weniger untergraben.

So bleib den verzweifelten Familienvätern und den Müttern halbwüchsiger Töchter kein anderes Mittel, als die Macht und das Ansehen der orthodoxen Kirche gegen die Venusjüngerinnen in der "Crucea de piatra" in Anspruch zu nehmen. Die Kirche gab gern ihre tatkräftige Unterstützung, und so wurde als entschlossene Kundgebung gegen den öffentlichen Skandal, der sich seit Jahr und Tag ungehindert breit macht, vor kurzem eine Prozession durch die Strassen des Lasters veranstaltet. Der Bischof und die gesamte Priesterschaft des Stadtsektors eröffneten im grossen Ornat den Zug, gefolgt von einer mehrere Tausende zählenden Gläubigengemeinde. Küster schwenkten Weihrauchbecken und vor jedem Freudenhause wurde Halt gemacht. Die Insassinnen wurden vom Bischof aufgefordert, unverzüglich die Lasterstätten zu verlassen, andernfalls über sie der Kirchenfluch verhängt werde. Ausser bei einem Bordell, durch dessen Türe die Insassinnen in corpore der Geistlichkeit gewisse hintere Teile ihrer Körper zeigten, wirkte die Prozession Wunder: am gleichen Nachmittage setzte ein Packen und Wandern ein, und am folgenden Montag waren rund hundertfünfzig Freudenhäuser geräumt und mit Klebezetteln "Zu vermieten!" an den Fensterscheiben versehen. Doch so sehr gerade im Viertel "Crucea de piatra" Wohnungen gesucht werden, niemand findet sich, die Häuser zu beziehen. Nicht etwa aus ideellem Ekel vor der früheren Bestimmung, der diese Wohnungen dienten, und der bei der herrschenden Wohnungsnot wohl oder übel heruntergeschluckt werden könnte, sondern aus materieller Furcht vor der Kirche, die diese Häuser mit dem Banne belegt hat. Immerhin ist der erzielte Zweck erreicht, und so kann Bukarest am nächsten Sonntag eine neuerliche Prozession erleben, bei der die Strassen und Häuser neuerlich geweiht werden. Bis dahin sollen die Mietsverträge mit zivilen Parteien abgeschlossen sein, um nicht

wieder mit der gleichen Geschwindigkeit, mit der die Venusdamen verschwanden, die Wohnungen erneut von diesen bevölkert zu sehen.

Eine Episode, über die man lachen könnte, wenn sie nicht einen so tiefen Ernst sozialen Lebens in sicht trüge...-

---

Clara Viebig.[x]

SPD. Clara Viebig, die Siebzigjährige, darf auf ein reiches dichterisches Lebenswerk zurückschauen. Rund dreissig Roman= und Novellenbände und vier Dramen weist das Verzeichnis ihrer Bücher auf. (Das gesamte Lebenswerk dieser Dichterin ist heute, bis auf ganz wenige Ausnahmen, bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart vereinigt.) Und doch zählte sie schon siebenunddreissig Jahre, als ihr erstes Buch, die Erzählungen "Kinder der Eifel" erschien. Es bedurfte erst eines entscheidenden künstlerischen Erlebnisses, um ihr Schöpfertum auszulösen und das, was sie bisher gesehen hattem der Darstellung, der Formung wert zu machen. Drei Landschaften, drei Arten Menschtum hatte sie inzwischen kennen gelernt: das Rheinland, in dessen katholischer Hochburg Trier sie am 17. Juli 1860 geboren wurde und ihre frühe Jugend verbrachte; die karge und düstere Hocheben der Eifel, deren vulkanische Felsmassen, dunkle Kraterseen und schwarze Moore sie auf Dienstreisen mir ihrem Oheim, einem Untersuchungsrichter, durchforschte; und die schwermütigen polnischen Weiten um Posen, in die sie nach ihres Vaters jähem Tode gekommen war.

Aber all das waren nur Eindrücke, einstürmende Stoffmassen ohne Mittelpunkt und innere Beziehung gewesen. Dass es sich sammelte, Sinn erhielt und kristallisierte, bewirkte erst Zolas "Germinal", den Clara Viebig 1896 in die Hände bekam. Da, aus diesem grossen, das Leben in seinem ganzen Reichtum packenden und zum Symbol erhöhenden Kunstwerke, kam ihr die Erkenntnis, wozu sie selber berufen sei: auch so das Volk, das Kollektivtum "Masse" in seinen dumpfen Trieben zu belauschen; auch so Landschaft und Menschen in ihrer naturgegebenen Verbundenheit als Einheit zu erleben; und genau so aus Gier und Niedertracht, aus harter Arbeit, Traum und Sehnsucht das hohe Lied der Fruchtbarkeit und des unerschöpflichen Lebensprozesses emporsteigen zu lassen. Um der Rücksichtslosigkeit und fanatischen Wahrheitsliebe willen, mit der sie das tät, hat sie die Literaturgeschichte dem "Naturalismus", wegen ihrer Verankerung im Landschaftlichen der "Heimatkunst" zugerechnet; tatsächlich war für sie weder die eine noch die andere Richtung bestimmend, sondern die Welt des Industrialismus, die in einem fort mit Massen operiert, die den Einzelnen zum gleichgiltigen Rade im Getriebe degradiert, dafür aber auch Tausende und Millionen zu einem Wesen zusammenschweisst, von derselben Leidenschaft bewegt, im gleichen Rhythmus handelnd, von der gleichen fortreissenden Kraft getragen.

Im Erstlingsbuche, den Novellen "Kinder der Eifel" (1897), steht noch die Landschaft stimmungweckend, charakterbestimmend anstelle des Chors, und einzelne Gestalten treten vor, um von der schicksalhaften Gewalt des Bodens zu zeugen. Dann aber, in dem gross entworfenen und gross gestalteten Roman "Das Weiberdorf" (1899), bekommen die beiden Menschheitshälften "Weib" und "Mann" selber das Wort, denn was hier bei der seltenen Rückkehr der Wanderarbeiter nach Eifelschmitt an Zeugungsgier rast und schäumt, ist nicht mehr individuell begrenztes Erlebnis, sondern ureigenste Ausdrucksform des Geschlechtlichen überhaupt. Jede Person des Romanes ist nur so weit da, als sie ein Stück der ewigen Natur ist.

Mit dieser Art, Menschen nur als Chorfiguren zu sehen und zu zeichnen, an denen sich die grossen Prozesse geschichtlichen und sozialen Werdens vollziehen, hatte Clara Viebig die ihr gemässe Methode gewonnen, und aich die ent-

sprechenden Themen wusste sie zu finden! Wie der Geschlechtstrieb dem "Weiberdorf", so geben katholische Inbrunst, Fanatismus und Aberglaube dem "Kreuz im Venn" (1905) Verwicklung und Atmosphäre, und auch eine Massenszene von genialer Anschaulichkeit, die Echtermacher Springsprozession, ist hier verankert. Ueber der "Wacht am Rhein" (1901) steht als beherrschendes Motiv die Auseinandersetzung zwischen altrheinischem und neupreussischem Geist; hinter der schwermütigen Ballade " Das schlafende Heer" (1904) geistert das Hoffen der geduckten, sich der Germanisierung mit List, Ränken und Verbrechen erwehrenden Polen; in "Die vor den Toren" (1910) rückt die Grosstadt Berlin, alles niederlegend, gegen die kleinen Leute der Vororte und der Heide heran; und die grossen deutschen Krige von 1800, 1866 und 1914 geben den mächtig ergreifenden Hintergrund zu den an sich gleichgültigen Privaterlebnissen in "Unter dem Freiheitsbaum" (1923), "Das Eisen im Feuer" (1913), "Töchter der Hekuba" (1917) und "Das rote Meer" (1920).

Es ist ein weites Reich kollektiven Empfindens und Handelns, das Clara Viebig mit all dem erfasst hat. Aber ihre Kunst gab sich damit nicht zufrieden Zur Massenpsychologie eroberte sich sich die im Sozialen verwurzelte Berufspsychlogie hinzu. So vermochte sie, ein Zille des Wortes, im "Täglichen Brot" (1900) den Roman des typischen Berliner Dienstboten zu geben, sein Pariadasein seine Demütigungen, seine Liebeserfahrungen und sein Versinken. Der bisher letzte Roman "Die mit den tausend Kindern" (1929) entwirft ein ebenso figurenreiches Gemälde vom Lehrerinnenberuf, seinem Opfermut, seiner Entsagungsfülle und seiner Ohnmacht gegenüber der Gesellschaftsordnung, und andere Romane gehen den Nöten des Künstlers, dem Vererbungsproblem und der Qual des vereinsamten Mannes nach. Kaum je, soviel sie auch geschrieben hat, wollte Clara Viebig lediglich dem Unterhaltungsbedürfnis dienen. Immer kam es ihr darauf an, sehen zu machen, soziales Mitgefühl zu wecken, verstehen zu lehren. Sie, die Frau, tat es dabei den meisten mitstrebenden Männern an Wahrheitsmut, an gestaltender Kraft, an Energie der Themenstellung und= durchführung weit zuvor. Die deutschen Frauen der Arbeit dürfen auf diese ihre Schwester im Geiste mit Recht stolz sein.

Ehegebräuche im Altertum.[x]

SPD. Die Ehegebräuche haben im Verlaufe der Geschichte häufig ihre Form geändert. Der griechische Schriftsteller Herodot beschreibt in einem seiner Werke, wie im alten Babylon die Ehe abgeschlossen wurde. In allen Städten und Dörfern wurden an einem gewiasen Tage des Jahres sämtliche heiratsfähigen Mädchen versammelt. Man führte sie auf eine abgesperrte Wiese, auf der die heiratsfähigen jungen Männer bereits anwesend waren. Ein öffentlicher Ausschreier gab den Preis der einzeln aufgerufenen Mädchen bekannt. Die Kandidatin defilierte auf einem Podium, und nun war es an den heiratslustigen Männern sich gegenseitig zu überbieten. Wurde ein Käufer gefunden, so musste der Preis sofort in bar bezahlt werden. So ging es dann weiter, bis das letzte Mädchen buchstäblich versteigert und an den Mann gebracht worden war.

Natürlich hatten die Wohlhabenden den Vorrang und konnten sich die schönsten Frauen mit Hilfe ihres Geldes ersteigern. Für die minderbemittelten jungen Männer dagegen galt, wie Herodot schreibtm die Schönheit weniger. Sie legten mehr Wert auf Gesundheit der Frau und erkoren sich auch eine weniger Anmutige zum Ehegemahl, wenn sie nur einer arbeitsamen und tüchtigen Familie entstammte. Eine grosse Rolle bei diesen Frauenversteigerungen spielte auch die Mitgift, welche die Braut mit in die Ehe bekam. Schon damals fand auch eine hässliche Frau einen vornehmen Gatten, wenn sie nur über ein entsprechendes Vermögen verfügte. In diesem Falle war es dann meist die Frau selber, welche die hohe Versteigerungssumme aufzubringen hatte. Nach dem babylonischen Gesetze hatten die Eltern kein Recht, ihre Tochter zu verheiraten. Auch die

reichsten Töchter des Landes mussten sich auf dem Heiratsmarkte versteigern lassen.

Im alten Sparta waren die Ehegebräuche nach den Mitteilungen Herodots ähnlich, Auch hier wurden an einem bestimmten Tage die heiratsfähigen Mädchen versammelt. Die alten Spartaner aber waren vorsichtigere Leute. Sie sperrten die Bräute in einen finsteren Saal und liessen dann die jungen Männer eintreten. Die erste beste Frau, die von dem Eintretenden berührt wurde, musste er heiraten. Jede Uebertretung dieser Gesetze wurde streng verfolgt. Freilich weist Herodot schmunzelnd darauf hin, dass auch in Sparta die jungen Liebesleute es wohl trotz der Dunkelheit verstanden haben, sich gegenseitig zu finden. Nach der Wahl wurden den Frauen die Haare geschoren. Dann wurden sie ihrn Gatten angetraut.

Das ist nun schon ein paar tausend Jahre her. Seit jenen Zeiten haben die Ehegebräuche manche Wandlungen erfahren. Mitgiftjäger wie im alten Babylon gibt es heute schon lange nicht mehr. Oder etwa doch?

B.M.V.

SPD. Der Erfolg der sozialdemokratischen Frauenwerbewochen.[x] Als vorläufiges Ergebnis der beiden vom 18. Mai bis zum 1. Juni in Deutschland veranstalteten sozialdemokratischen Frauenwerbewochen ist bisher die Gewinnung von rund 8000 neuen weiblichen Mitgliedern für die sozialdemokratische Partei zu verzeichnen. Angesichts der traurigen Wirtschaftslage unserer Zeit , die die Entrichtung auch kleinster Mitgliedsbeiträge als grosses Opfer empfinden lässt, und in Anbetracht der erbitterten Angriffe von rechts und von der äussersten Linken zeugt dieses erfreuliche Ergebnis umso eindrücklicher von der starken Werbekraft der Sozialdemokratie.

SPD. Frauen als Juristinnen in England.[x] In der vor wenigen Tagen veröffentlichten Liste der auf Grund von Prüfungen zur Ausübung einer juristischen Tätigkeit in England zugelassenen Personen befinden sich diesmal 11 Frauen, eine bisher nicht erreichte hohe Zahl. Dabei ist noch bemerkenswert, dass die Frauen die Prüfungen fast durchweg hervorragend gut bestanden haben. Im Römischen Recht erhielten 4, im Staatsrecht erhielt eine die beste Zensur.

SPD. Ein sinnvolles Schimpfwort.[x] Ein Lümmel steht auf der Strasse und wirft nach den vorübergehenden Jungen Steine. Einer der Jungen dreht sich wütend um und schreit: "Säugetier!" Erstaunt fragt ihn ein Herr nach dem Grunde dieser merkwürdigen Bezeichnung. "Das haben wir doch jetzt erst in der Schule gehabt", lautet die Erklärung. "Ein Säugetier ist ein Viech, das lebendige Jungen wirft."

SPD. Ein stiller Verehrer.[x] "Soll das etwa ein Ständchen sein? Wer macht den die furchtbare Katzenmusik?"

"Das ist ein stiller Verehrer von mir."

SPD. Ein langer Schwanz.[x] In einem Inserat war zu lesen: "Verloren gegangen ein Dackel mit Schlappohren und langem Schwanz von der Friedrichsstrasse bis zum Pariser Platz. Abzugeben bei Broll."

Deutscher Reichstag

193. Sitzung vom 7. Juli, 3 Uhr.

SPD. Das deutsch-rumänische Handelsprovisorium wird ohne Debatte in zweiter Beratung angenommen.

In der dann folgenden dritten Beratung erklärt Abg. Döbrich (Chr.Nat, Bauernpt.), seine Freunde könnten dem Abkommen nicht zustimmen, weil sie grundsätzlich Gegner der gegenwärtigen Handelsvertragspolitik seien. - Abg. Hörnle (Komm) bekämpft die Vorlage mit der Begründung, dieser Vertrag biete die Möglichkeit zu fortgesetzten Zollerhöhungen.

Abg. Stubbendorff (Dntl) lehnt den Vertrag ab, weil darin Ein- und Ausfuhrverbote ausgeschlossen werden. Deutschland könne eine vorteilhafte Handelspolitik nur treiben, wenn es die Waffe des Einfuhrverbots in der Hand behalte, um es gegen solche Länder anzuwenden, die die Einfuhr deutscher Waren drosseln. Das bisherige System der deutschen Handelspolitik könne auf die Dauer nicht fortgesetzt werden ohne schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft.

Abg. Frau Sender (Soz) bedauert, dass der Vertrag keine tarifarischen Bindungen enthalte. Die Ausschaltung der Ein- und Ausfuhrverbote sei ein Vorteil gerade für die deutsche Wirtschaft. An einem Zollkrieg mit Rumänien habe keiner ein Interesse. Die Sozialdemokraten würden dem Vertrag zustimmen. Wenn aber die Regierung ihre weiteren Zollpläne durchführe, dann werde die Sozialdemokratie ihre Haltung zur Handelspolitik der Regierung revidieren.

Abg. Gerauer (Bayer.Vp.) lehnt die Vorlage ab. - In der Schlussabstimmung wird der Vertrag gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beraten wird dann die neue Deckungsvorlage der Regierung (Reichshilfe, einmaliger Einkommensteuerzuschlag, Ledigensteuer, Änderung der Tabaksteuer, Ergänzungsetat). Die Beratung wird verbunden mit der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger Dr. Moldenhauer, der sich durch sein mannhaftes Eintreten für einen unbedingt gedeckten Haushalt Verdienste erworben habe, die eine spätere Zeit ruhiger Rückschau besser zu würdigen wissen werde.

Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist Dietrich auf den ungedeckten Fehlbetrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, 485 Millionen RM beträgt. Die Ursachen dieses Fehlbetrages seien ausschliesslich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf sie seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entstehen, zurückzuführen, und aus beiden, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steuerausfall. Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäss dem Arbeitslosen die ihm zustehenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das grösste Unsicherheitsmoment auf der Ausgabenseite des Reiches geschwunden. Dazu komme die Konjunkturempfindlichkeit auf der Einnahmeseite, insbesondere hinsichtlich der Umsatzsteuer, der Beförderungssteuer und der Lohnsteuer.

Der Minister geht dann auf die Deckungsvorschläge ein. Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Ressorts noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verbleibens im Amte gemacht. Nicht zugeben könne er, dass im gegenwärtigen Moment weitere sofort wirkende Ersparnismöglichkeiten beständen. Im Reichsrat habe niemand positive Anregungen zu weiteren Ersparnissen zu geben vermocht. Auch nach der Annahme der Deckungsvorlagen der Regierung wäre es ver-

wegen, zu sagen, dass wir damit über dem Berge wären. Jeder, der die Konjunktur empfindlichkeit des Haushalts kenne, werde sich hüten, bindende Versprechungen für die Zukunft zu machen, besonders in einem Augenblick, wie dem gegenwärtigen in dem die Wirtschaftslage derganzen Welt ungewöhnlich gestört und verworren sei. Was den bei der Reichsbahn zu erwartenden Fehlbetrag angehen, so seien nicht nur ein erheblicher Vortrag bei der Reichsbahn und ausserdem starke Reserven vorhanden, sondern das Reich sei auch seinerseits in der Lage, in einem bescheidenen Umfange zu helfen, ohne selbst seine Finanzen damit zu belasten. Die Lage der Gemeinden sei jedoch als durchaus schlecht anzusehen.

Die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine stete Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung sehe diese Gefahr in aller Schärfe. Mit den vorgesehenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Man könne sagen, dass die Aussichten, für etwa eine Milliarde im Laufe des nächsten halben Jahres Arbeit in Gang zu bringen Hunderttausenden von Menschen Lohn und Brot schaffen würden. Nur wenn das gelinge, könne die im Haushalt aufgemachte Rechnung über die Kosten der Arbeitslosigkeit verantwortet werden. Bei der Vergebung der Arbeiten müsse besonders sorgfältig darauf geachtet werden, dass sie nicht die Preise erhöhen. Eine weitere Gefahr für die Reichsfinanzen liege in der zu niedrigen Einschätzung der Einnahmeausfälle, doch werde es sich hier nicht um Summen handeln, die den Haushalt in Unordnung zu bringen in der Lage seien. Bei der Neuregelung der öffentlichen Finanzen komme der Ordnung der Gemeindefinanzen die grösste Bedeutung zu. Es werde nicht möglich sein, diese Ordnung etwa in der Form herbeizuführen, dass das Reich neue Mittel aufbringe und sie den Gemeinden zuwende. Es komme vielmehr darauf an, sie selbst für die Verausgabung und für die Bewilligung der Steuern verantwortlich zu machen. Im Vordergrunde ständen da der Verwaltungskostenbeitrag oder Bürgersteuer, die Gemeindegetränkesteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Der Minister bittet das Haus dann das ihm vorliegende Gesetz über die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand noch vor der Sommerpause zu verabschieden. Im übrigen seien Gesetzentwürfe, die neue Einnahmequellen für die Gemeinden schaffen, bereits vorbereitet und könnten jederzeit dem Reichstag vorgelegt werden. Zur Zeit sei ihre Vorlegung deshalb nicht erfolgt, weil angesichts der mit der Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe verbundenen Schwierigkeiten eine Verabschiedung weiterer Vorlagen nicht gerade erleichtert werde.

Der Minister befasst sich schliesslich mit dem Umbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, dass hier die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vordringlichste halte. In welchem Zeitpunkt diese Senkungen aber bewerkstelligt werden könnten, sei heute noch nicht zu sagen, da die Auswirkung der schwebenden Finanzmassnahmen noch nicht zu übersehen sei. Was die Frage der Verteilung von Steuerquellen und Steueraufkommen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden angehe, so sei dazu Voraussetzung die Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes und die Klärung der Hauszinsteuerfrage. In dem Augenblick, in dem wir die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchten, werde die Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im Ganzen oder eine Umgestaltung möglich sein werde. Diese Umgestaltung sei besonders vordringlich bei der Gewerbesteuer, die der Minister als die ungerechteste Steuer bezoichnete, deren Verschwinden ihm besonders erwünscht wäre. Alle diese Fragen würden die Grundideen der Arbeit abgeben, die im Laufe der nächsten drei Monate in Angriff genommen werden müsse.

Der Minister wendet sich zum Schluss dem Haushalt für 1931 zu, dessen

Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Bei der Aufstellung dieses Haushaltes werde selbstverständlich wieder die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob man die wirtschaftliche Entwicklung als noch weiter absteigend ansehen müsse oder nicht. Auf die Dauer könne das Volk neben den enormen inneren und äusseren Kriegslasten nicht noch anderthalb Milliarden oder mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne Gegenleistung tragen. Vor einem billigen Optimismus müsse man sich bei der Beurteilung des kommenden Haushaltsjahres also von vornherein freihalten. Mit den Vorlagen der Regierung stehe und falle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so sehe er keinen Weg, die hierdurch zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen aufzubringen, die die Arbeitslosenversicherung erfordere. Aber auch die ebenso bedeutsame Reform der Krankenversicherung und das Gesetz, welches die Bewilligung weiterer Kriegsinvalidenrenten im wesentlichen aufheben soll, könne dann schwerlich eine parlamentarische Erledigung finden. Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Ostprogramm entfallen. Die Vorlagen dürften nicht vom Gesichtspunkt einzelner Interessentengruppen betrachtet werden, es stehe wahrhaftig mehr auf dem Spiele als die Bewilligung der angeforderten Steuern, die auch die Voraussetzung dafür seien, dass die für den Herbst angekündigten Reformen vorbereitet und durchgeführt werden können. Eine Pumpwirtschaft, die den gegenwärtig flüssigen Geldmarkt ausnützen würde, werde er nicht mitmachen. Mit steigenden Sorgen sei noch zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amte sei, jeweils rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Hauswirtschaft sei.

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Ich bin mit dem Minister weitgehend einverstanden. Aber im Hauptpunkt, was nun geschehen soll, habe ich abweichende Ansichten. Ich möchte anknüpfen an die Rede des Reichskanzlers im Reichsrat, wo er sagte, dass alles, was jetzt versäumt werde, mit viel grösseren Opfern später nachgeholt werden müsse. Hätte der Reichskanzler diese richtige Erkenntnis schon früher befolgt, dann stünde der Reichshaushalt heute besser da. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit 1½ Jahren alle Kräfte an die Sanierung der Arbeitslosenversicherung gesetzt und war bereit, zu diesem Zweck grosse Lasten auch derjenigen Volksschichten zu verantworten, die von der Arbeitslosigkeit nicht betroffen sind. Gegen unseren Willen ist die Entscheidung über eine weitere Beitragserhöhung dauernd verzögert worden, bis im Frühjahr dieses Jahres die Regierung an dieser Aufgabe gescheitert ist. Wir Sozialdemokraten haben immer die Sanierung der Reichsfinanzen als Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft angesehen und sind sogar bereit gewesen, diejenigen Lasten, die von anderen tragfähigeren Schultern nicht getragen werden können, auf die Massen des Volkes zu legen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung sind durchaus richtig, reichen aber nicht aus, um eine Wendung in der Wirtschaft zu erzielen. Zur Beseitigung der Wirtschaftsstörungen kommen wir nur auf dem Weg über gesunde Finanzen. Auf dem entgegengesetzten Weg hat man sich von diesem Ziel immer weiter entfernt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch die Beseitigung dieser Stockungen und eine gesunde Finanzpolitik wird das Vertrauen im Innern wieder hergestellt werden und erst recht im Ausland, wo das Urteil des Reparationsagenten in seinem letzten Bericht grossen Eindruck gemacht hat. Die Wiederherstellung des Vertrauens ist die Voraussetzung dafür, dass ausländisches Kapital sich zur Anlage in Deutschland bereitfindet.

Ich fürchte, dass dieses Ziel durch die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen nicht erreicht wird. Der Finanzminister scheint sich von dem früheren Optimismus fern zu halten, aber es genügt nicht, den Fehlbetrag in seinem vollen Umfang zu erkennen, sondern man muss auch den entschlossenen Willen

haben, ihn in vollem Mass zu decken. Nur dann sind auch tiefeingreifende Massnahmen zu rechtfertigen. Gewiss ist der Haushalt 1930 durch die Vorbelastung mit 480 Millionen Schuldentilgung ausserordentlich angespannt,aber diesen besonderen Aufwendungen stehen wenigstens noch Einnahmen gegenüber.Man sollte aber den ungeheuren Ernst unserer Wirtschaftslage nicht leicht nehmen. Und dazu ist vor allem notwendig, dass man sich von der Auffassung des früheren Finanzministers Reinhold abwendet, die da lautete: "Hart am Rande des Defizits". (Sehr richtig!)

Die Konjunkturempfindlichkeit der öffentlichen Haushalte zeigt sich an den Einnahmen noch mehr als an den Ausgaben. Der Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Wirtschaftsjahr bedeutet für die Reichsfinanzen eine Differenz zwischen 1,8 und 2,1 oder 2,2 Millionen Mark. Daraus geht hervor,wie falsch jenes Wort ist,denn bei einem solchen Abstand hat man in schlechten Wirtschaftszeiten keine Mittel übrig zur Entlastung der Wirtschaft,ganz abgesehen von dern Krisenfolgen und dem Druck der Arbeitslosigkeit,des Lohn= und Steuerrückgangs und der sonstigen Lasten. Die Vertagung der Lösung auf spätere Zeit macht die Opfer nur noch schwerer. Es ist viel aussichtsreicher,auch schwere Opfer für eine frühzeitige Sanierung nicht zu scheuen. In England,das eine relativ grössere Arbeitslosigkeit hat als wir, hat der sozialistische Finanzminister eine Erhöhung der Einkommensteuer um rund 10 % beantragt,mit einen Ertrag von fast 700 Millionen Mark. Da aber von dieser Steuererhöhung 3/4 aller Steuerträger frei bleiben sollen,und die grosse Masse der Lohnempfänger in England überhaupt keine Einkommensteuer zahlt, so ergibt sich daraus,dass diese Erhöhung der Einkommen= und Erbschaftssteuer in England die hohen und höchsten Steuerträger allein trifft. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Selbstverständlich ist bei unserer Finanzlage äusserste Sparsamkeit auch neben der Oeffnung neuer Steuerquellen unerlässlich. Aber das Ausmass sofort wirksamer Ersparungen ist begrenzt und könnte nur erweitert werden,wenn rücksichtslos an den unentbehrlichsten sozialen Verpflichtungen gestrichen würde. Wenn nun in 8 Monaten des Rechnungsjahres 1930 100Millionen eingespart werden sollen,so entspricht das etwa 130 Millionen Streichungen am jetzt vorliegenden Haushalt. Wir halten Ersparnisse im Gesamtbetrag von 200 Millionen für möglich und notwendig, jedoch nicht auf dem Wege einer Ermächtigung an die Reichsregierung,dass sie ohne Kontrolle des Parlaments an ihr genehmen Etats streichen könnte. Wir lehnen eine solche Ermächtigung ab,weil sie das Etatsrecht des Reichstages, an dem wir unbedingt festhalten,einschränkt und ihm widerspricht,weil sie auch die Verantwortung des Parlaments vermindert und weil eine solche Ermächtigung auch die Gefahr enthält, dass der Wille des Parlaments verfälscht und nicht dort gespart wird, wo es die Mehrheit des Parlaments für richtig hält. Wenn der Finanzminister sich auch entschieden gegen jede Streichung an den sozialpolitischen Ausgaben verwahrt hat, so begrüssen wir das,wir haben jedoch nicht zu der Gesamtregierung das gleiche Zutrauen; die Ereignisse im April haben unser Misstrauen riesengross werden lassen. Weitere Ersparnisse erscheinen uns zunächst bei der Reichswehr möglich. Seit dem Haushalt 1925 sind die Ausgaben für Reichswehr und Marine von 633 auf 790 Millionen jährlich gestiegen, also um 160 Millionen gleich 25 %. (Hört! Hört! bei den Soz.) Diese Tatsache in Verbindung mit einer Reihe Einzelerscheinungen hat weit über die Sozialdemokratie und über die Arbeiterklasse hinaus die Erkenntnis geweckt, dass man bei der Notwendigkeit,zu sparen,an den Militärausgaben nicht vorbeigehen darf,sondern bei ihnen beginnen müsse. (Zum Beweis dafür verliest der Redner Aeusserungen bürgerlicher Blätter,so der "Kölnischen Zeitung").Ohne die neue Wehrmacht im Ganzen antasten,persönliche oder volkswirtschaftliche Interessen gefährden zu wollen,sind solche Ersparnisse möglich. Die neue Wehrmacht hat nach ihrem zehn= oder elfjährigen Bestand bereits einen Pensionsetat von 72 Millionen im Jahr. Darin sind fast 15 Millionen für einmalige, 25 Millionen

für laufende Versorgungsgebührnisse und 20 Millionen für Ruhegehälter enthalten; es wachsen also beträchtliche Lasten aus dieser neuen Wehrmacht dem Reichsetat zu. Von den 1320 Militärpersonen, die seit 1927 Ruhegehalt bekommen, sind 171 Oberste, 148 Oberstleutnants, 213 Hauptmänner, 223 Oberleutnants, 115 Deckoffiziere, 108 Feldwebel. Obwohl das Verhältnis der Mannschaften zu den Offizieren in der Reichswehr etwa 7 zu 1 beträgt, ist es bei den Pensionen fast umgekehrt. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes hat gezeigt, dass dort Anforderungen gemacht werden, die das verarmte Deutschland nicht tragen kann, und die der Reichstag, wenn sie ihm einzeln vorher vorgelegt würden, gewiss auch nicht bewilligen würde. Schliesslich sollte sich die Reichsregierung auch die Szbventionen an die Länder aus dem § 35 des Finanzausgleichgesetzes und aus der Sonderabfindung für die Biersteuer ansehen, bei der übrigens der Staatsgerichtshof, auf Grund dessen Entscheidung diese Zahlungen erfolgen, die betreffenden Reichsgesetze für ungültig erklärt hat. So unerlässlich eine gründlichere Verwaltungsreform auch vom Standpunkt der Ersparungen ist, so kann und wird dieses Ziel nicht erreicht werden mit einer "Reichsreform", die leistungsschwache Länder erhalten, aber leistungsstarke Länder zerschlagen und dadurch um ihre Kraft bringen will. Der Widerstand gegen die Pensionskürzung könnte überwunden werden, wenn an grosse Bevölkerungskreise der Ruf zur Opferwilligkeit erlassen werden könnte. Aber über die Haltung der Parteien bin ich tief enttäuscht, denn von allen wurden Redner bestimmt, die an dieser Frage persönlich materiell interessiert sind. (Hört! Hört! links) Die Wirtschaftspartei hat das Gesetz, das sie selbst früher gefordert hat, scharf abgelehnt. (Zuruf des Abg. Colosser: Sie können sich darauf verlassen, wir werden es bewilligen) Das soll mich nur freuen. Die Sozialdemokratie macht von der Haltung zu dieser ihrer Vorlage ihre Stellung zu allen Deckungsvorlagen der Regierung abhängig. Wenn man die Biersteuererhöhung in dem Masse vorgenommen hätte, wie sie zuerst geplant war, so wäre die Verbraucherbelastung nicht höher als jetzt geworden. (Sehr richtig! links) Jetzt haben wir aber gegen eine isolierte Biersteuererhöhung die schwersten Bedenken, weil eine neue Verbraucherbelastung dabei herauskommen würde. Der Gedanke des Bierhandelsmonopols ist als Hilfswaffe erwägenswert, um den Kleinhandel zu verhindern, alle Lasten auf die Verbraucherschaft abzuwälzen, und um den Steuereingang zu sichern. Es wäre aber noch eine ganze Reihe anderer Steuererhöhungen möglich. Eine vorzeitige Inkraftsetzung der Bestimmungen des geplanten Ausgabensenkungsgesetzes, die Erhöhung der Verzugszinsen für Steuerrückstände sind in Erwägung zu ziehen. Die Steuerrückstände sind in diesem Jahr um mehr als 100 Millionen höher, als im Vorjahr. (Hört! Hört! bei den Soz.) Zum Teil ist das sicher durch die Wirtschaftskrise bewirkt. Aber die Steuerbeamten selbst wissen ganz genau, dass eine zu milde Behandlung der säumigen Steuerzahler Platz gegriffen hat. (Sehr richtig bei den Soz.) Auch die Erbschaftssteuer ist gegenwärtig so niedrig, dass sie von der grossen Masse des Volkes als sozial ungerecht angesehen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer für die höheren Einkommen, die früher allein von der Sozialdemokratie gefordert wurde, muss jetzt auch von den Regierungsparteien angewandt werden. Aber die jetzige Regelung ist eine stark unsoziale Halbheit. Die Heranziehung aller nicht nur einzelner leistungsfähiger Kreise ist bei einer Umfrage der "Kölnischen Zeitung" von allen Einsendern, selbst von einem Industriellen, als der einzig gangbare Weg zur Finanzsanierung bezeichnet worden. Die Gefahr der Kapitalflucht, die vom Arbeitsminister gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer ins Feld geführt wurde, wird von den breitesten Volkskreisen nicht als eine solche Gefahr anerkannt. Die Ausführungen von Stegerwald sind zugleich die schärfste moralische Verurteilung derjenigen Kreise, die die Opfer der Wirtschaftskrise stets und ausschliesslich auf die Besitzlosen abwälzen wollen.

An der Kapitalbildung sind keineswegs nur die oberen, sondern auch die mittleren und unteren Schichten des Volkes stark beteiligt. Die Einkommensteuer ist überhaupt unsere gerechteste Steuer. Durch ihre Vernachlässigung wird Deutschland zu der spezifischen Steueroase der Welt. Die Erhöhung der Einkommensteuer um 5 % bedeutet eine Anerkennung unserer Argumente. Diese Anerkennung ist aber die reaktionärste Halbheit, weil unser Vorschlag, einen 10%igen Aufschlag auf die Einkommensteuer bei höheren Einkommen einzuführen, nicht durchgeführt wurde, was deutlich die Absicht der Regierungsparteien verrät, die Besitzenden zu schonen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch diese Halbheit wird ausserdem unser Steuersystem ausserordentlich kompliziert, obgleich der Finanzminister sich gegen alle unnötigen Steuerkomplikationen ausgesprochen hat. Die Ledigensteuer könnte nämlich bei einer höheren Belastung der grossen Einkommen wegfallen. Sie ist eine Steuer, die überhaupt nicht in unser Steuersystem hineinpasst. Der Gesetzentwurf zur Ledigensteuer ist so schwach begründet, wie noch selten überhaupt ein deutscher Gesetzentwurf. Die Reichshilfe der Beamten enthält einen berechtigten Kern, weil man die vor Arbeitslosigkeit und Not im Alter geschützten Volksschichten gerechterweise höher besteuern kann. Die Beamtenorganisationen hätten nie diesen starken Widerstand gegen die Reichshilfe entwickelt, wenn sie den Eindruck gehabt hätten, dass alle anderen sozialeren Steuerquellen ausgeschöpft werden sollen. Mit der Schaffung einer Freigrenze und keines Freibetrags werden die höheren Einkommen der Beamten viel weniger belastet, als die unteren Einkommenstufen, bei denen die zusätzliche Belastung bis zu 100% ansteigt. Eine besondere Ungerechtigkeit liegt darin, dass auch die Gruppe der Behördenangestellten zur Reichshilfe herangezogen wird, die nicht die Vorteile der Beamtenstellung geniessen. Wir werden dafür sorgen, dass nur die Gruppen, die in den Besitz dieser Vorteile kommen, die Sondersteuerlast zu tragen haben. Man hat aus dem Fallenlassen der Besteuerung der höheren Privatangestellten bei den Behördenangestellten leider nicht die Konsequenz gezogen, wie bei der Besteuerung der Aufsichtsratstantiemen, die wohl bekanntlich das am leichtesten erworbene Einkommen darstellen. Wir erwarten von den Regierungsvorschlägen keine Milderung der Wirtschaftskrise, sondern eine ungeheure Verschärfung. Darum werden wir sie alle aufs schärfste bekämpfen.

Der Minister hat für seine Vorschläge die Unterstützung des Parlaments verlangt. Diese Frage wäre leichter zu lösen, wenn man wüsste, ob auch die gesamte Regierung hinter seinen Vorschlägen steht. Moldenhauer hat das immer von seinen Finanzplänen behauptet, es stellte sich aber heraus, dass er nur für seine Person sprach. Die Regierung hat oft genug versprochen, die Führung zu übernehmen. Sie hat dieses Versprechen nicht gehalten, sondern eine Politik der Trinkgelder betrieben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hinter eine solche Regierung können wir uns nicht stellen. Zudem soll die Arbeitslosenversicherung abgebaut werden. Die Zollpolitik auf Kosten der Massen und zum Schaden unserer handelspolitischen Beziehungen auf Hochschutzzölle umgestellt werden. Aus der angekündigten Senkung der Preise kann nichts werden, wenn man keinen Druck auf die gebundenen Kartellpreise ausübt. Nichts soll zur Senkung der Kleinhandelspreise geschehen, wofür vor allem die Aufhebung der unmöglichen Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine zu fordern wäre. Wenn die Finanzen saniert werden sollen und müssen, dann diese Warnungen und Erkenntnisse ausgesprochen zu haben, war das Gebot der Stunde. (Lebhafter Beifall b.d.Soz.)

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, in der die Katastrophe der Reichsfinanzen auf den Youngplan und die unter sozialdemokratischem Einfluss geführte Wirtschafts- und Finanzpolitik (Heiterkeit links) zurückgeführt wird. Die Beamten sind bereit und verpflichtet, Opfer zu bringen. Es kann ihnen aber nicht zugemutet werden, mit einer Sondersteuer die Fortsetzung

der Misswirtschaft zu ermöglichen. Die Regierungsvorschläge versprechen keine Senkung der Produktionskosten und Preise. Die Erhöhung der Einkommensteuer bedroht die selbst vom Minister Hilferding betonte Notwendigkeit der Kapitalbildung. Die letzten Erfahrungen bieten keine Sicherheit dafür,dass die Regierung die Steuervorschläge wirklich nur als vorübergehend behandeln wird.Durch andere Mittel gemäss den deutschnationalen Vorschlägen,Ausgabensenkung,Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer, Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrags und Besteuerung der öffentlichen Betriebe, kann der Etat saniert werden.Voraussetzung für die Sanierung und für die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Regierungsentwürfen ist die Abkehr von der bisherigen Tribut=, Handels= Wirtschafts= und Finanzpolitik. Dafür ist die Garantie nicht gegeben,und wir stimmen den Entwürfen nicht zu.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) spricht der Regierung den Dank für die rasche Zerstörung aller sich an ihre Bildung knüpfenden Illusionen aus,die nach zweijähriger Enttäuschung der Müller=Regierung entstanden waren. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist eine Phrase, da Reichsbank und Reichsregierung den Baumarkt selbst abgedrosselt haben. Die Kommunisten werden einen Antrag einbringen,nach dem kein Gehalt über 8.000.-M zugelassen werden soll.

Nach dieser Rede beantragt Vizepräsident Esser, die Gesetze über den Zuschlag zur Einkommensteuer und über die Ledigensteuer dem Haushaltungsausschuss zu überweisen.

Abg. Torgler (Komm.) erhebt Einspruch,da die 1½stündige Redezeit von den Fraktionen noch nicht ausgenutzt sei und gewiss morgen noch Verschiedene zu diesen Vorlagen sprechen wollten.

Vizepräsident Esser: Da Wortmeldungen nicht vorliegen,schliesse ich die Besprechung.

Die Ueberweisung wird von der Mehrheit beschlossen. Um 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung des Reichshaushalts auf Dienstag 15 Uhr.